Bericht
des Rechnungshofes

Universitätsräte
Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis ........................................ 10
Tabellenverzeichnis ........................................... 11
Abkürzungsverzeichnis .................................... 12

Wirkungsbereich des Bundesministeriums für
Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

Universitätsräte

KURZFASSUNG ................................................. 14
Prüfungsablauf und -gegenstand ......................... 30
Einrichtung des Universitätsrats .......................... 31
Ausgangslage – Überblick ................................ 31
Zusammenarbeit mit Rektorat und Senat ............... 33
Organisation der Universitätsräte ......................... 35
Anzahl der Mitglieder ....................................... 35
Bestellung der Mitglieder .................................. 36
Frauenquote ..................................................... 42
Befangenheit/Unvereinbarkeit ............................ 44
Geschäftsordnung des Universitätsrats .................. 46
Anzahl der Sitzungen ........................................ 47
Inhalt

Bestellungen und Arbeitsverträge der Rektorate .......................... 48
  Rektoratsbestellungen ................................................................ 48
  Arbeitsverträge mit den Rektoren .............................................. 55
Strategische Aufgaben .................................................................. 57
  Überblick ..................................................................................... 57
  Genehmigung des Entwicklungsplans ....................................... 58
Stellungnahmen zu den Entwürfen der Leistungsvereinbarungen 2013 bis 2015 ................................................................. 62
Abschluss der Zielvereinbarungen zwischen dem Universitätsrat und dem Rektor bzw. dem Rektorat ........................................... 64
Wirtschaftliche Aufgaben .............................................................. 71
  Überblick ..................................................................................... 71
  Zustimmung zum Budgetvoranschlag ....................................... 72
  Genehmigung des Rechnungsab schlusses .............................. 76
  Aufsicht über die wirtschaftliche Lage .................................... 77
  Bestellung der Abschlussprüfer ................................................ 79
  Zustimmungspflichtige Rechtsgeschäfte .................................... 79
  Zustimmungspflichtige Beteiligungen ....................................... 80
  Gebarungsrichtlinien ................................................................. 81
Organisatorische Aufgaben .......................................................... 82
  Überblick ..................................................................................... 82
  Geschäftsordnung des Rektorats ............................................... 82
  Organisationsplan ...................................................................... 82
Inhalt

Berichterstattung der Universitätsräte __________________________ 83

Ressourceneinsatz für die Universitätsräte_______________________ 86

Höhe der Vergütungen ________________________________ 86

Veröffentlichung der Vergütungen __________________________ 90

Verlautbarung/Darstellung im Rechnungsabschluss _____________ 90

Reisekostenvergütungen_____________________________________ 91

Büro der Universitätsräte _________________________________ 93

Aufsichtsbehördliche Maßnahmen des BMWFW__________________ 97

Allgemeines________________________________________________ 97

Wahl des Rektors der KunstUni Graz _________________________ 97

Abberufung des Rektors der MedUni Innsbruck________________ 99

Schlussempfehlungen ______________________________________ 100
Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Bestellung der Mitglieder der Universitätsräte _____ 36
Abbildung 2: Zusammensetzung der Universitätsräte 2014 _______ 43
Abbildung 3: Wesentliche Steuerungsinstrumente_______________ 58
Abbildung 4: Zielvereinbarungen an der KunstUni Graz _________ 64
Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Kompetenzen des Universitätsrats ________________ 32
Tabelle 2: Probleme im Zusammenwirken der Leitungsorgane __ 34
Tabelle 3: Frauenquote bei der Bestellung der Universitätsräte __ 42
Tabelle 4: Anzahl der Sitzungen der überprüften Universitätsräte _______________________________ 47
Tabelle 5: Wahl der Rektorin an der KunstUni Graz _________ 53
Tabelle 6: Monat der Vorlage und der Genehmigung des Budgetvoranschlags_________________________ 72
Tabelle 7: Universitätsratsvergütungen______________________ 86
Tabelle 8: Vergütungen für Universitätsratsmitglieder_______ 87
Tabelle 9: Entwicklung der Vergütungen für die Mitglieder des Universitätsrats von 2010 bis 2014 an der KunstUni Graz __________________________ 88
Tabelle 10: Entwicklung der Vergütungen für die Mitglieder des Universitätsrats von 2010 bis 2014 an der MedUni Innsbruck _______________________ 88
Tabelle 11: Reisekosten für Universitätsräte _________________ 91
Abkürzungsverzeichnis

Abs. Absatz
BGBl. Bundesgesetzblatt
BMWF Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
bspw. beispielsweise
bzw. beziehungsweise
d.h. das heißt
EUR Euro
i.d.g.F. in der geltenden Fassung
inkl. inklusive
KunstUni Graz Universität für Musik und darstellende Kunst Graz
MedUni Innsbruck Medizinische Universität Innsbruck
Mio. Million(en)
Nr. Nummer
rd. rund
RH Rechnungshof
TZ Textzahl(en)
u.a. unter anderem
USt Umsatzsteuer
UG Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten und ihre Studien (Universitätsgesetz 2002 – UG), BGBl. I Nr. 120/2002 i.d.g.F.
vgl. vergleiche
VwGH Verwaltungsgerichtshof
VZÄ Vollzeitäquivalente(n)
Z Ziffer
z.B. zum Beispiel
Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

Universitätsräte


An der KunstUni Graz stiegen im überprüften Zeitraum die vom Universitätsrat vereinbarten Bezüge der Rektoren deutlich.

An beiden überprüften Universitäten deckten die Mitglieder der Universitätsräte die für dieses Organ wesentlichen Kompetenzen ab; die Frauenquote wurde durchgängig erfüllt.

Hinsichtlich der Höhe der an die Mitglieder bezahlten Vergütungen lag der Universitätsrat der MedUni Innsbruck an der Spitze aller Universitäten. Die Anreise zu seinen Sitzungen erfolgte teilweise im Flugzeug in der Businessclass.

**KURZFASSUNG**

Prüfungsziel

Ziel der Querschnittsüberprüfung war es, die Erfüllung der strategischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Aufgaben der Universitätsräte, ihre Bestellung und Organisation und die entsprechende Aufgabenwahrnehmung des BMWFW zu beurteilen. (TZ 1)

Weiters richtete der RH während der Gebarungsüberprüfung an die weiteren 19 im Universitätsgesetz 2002 (UG) genannten Universitäten sowie die Donau-Universität Krems einen Fragebogen, um Erhebungen zu den Mitgliedern des jeweiligen Universitätsrats, zu deren Vergütungen und zum Büro des jeweiligen Universitätsrats vorzunehmen. (TZ 1)

Einrichtung des Universitätsrats


Zusammenarbeit mit Rektorat und Senat

Die Leitungsorgane der Universität hatten ihre Aufgaben zum Teil im gegenseitigen Zusammenwirken zu erfüllen. An der KunstUni Graz war die Zusammenarbeit zwischen Universitätsrat und Senat durch den Konflikt um die Nachfolge des Rektors beeinträchtigt. An
der MedUni Innsbruck war die Zusammenarbeit des Universitätsrats mit dem Rektorat und dem Senat in der Funktionsperiode des Universitätsrats 2010 bis 2013 generell problembehaftet. Die mangelhafte Qualität der Zusammenarbeit zeigte bei beiden Universitäten Auswirkung auf die Aufgabenerfüllung und zog gebärungsrelevante Auswirkungen nach sich. (TZ 3)

Anzahl der Mitglieder

Die Senate konnten die Anzahl der Mitglieder der Universitätsräte mit fünf, sieben oder neun festlegen. Vor dem Hintergrund des Geburtsumfangs und des Studienangebots der überprüften Universitäten war die Größe der Organe, nämlich fünf Mitglieder an der KunstUni Graz und sieben Mitglieder an der MedUni Innsbruck, angemessen. (TZ 4)

Bestellung der Mitglieder

Die Senate und die Bundesregierung entsandten gleich viele Mitglieder in den jeweiligen Universitätsrat. Ein weiteres Mitglied wurde von den bereits bestellten Mitgliedern bestimmt. (TZ 5)

Die Mitglieder durften nicht der Universität oder dem zuständigen Bundesministerium angehören oder politische Funktionen innehaben. Die Funktionsperiode betrug jeweils fünf Jahre. (TZ 5, 6)
Die gesetzlich vorgeschriebenen Voraussetzungen für die Mitgliedschaft in einem Universitätsrat waren im UG nur grob umrissen, was den entsendenden Organen bei der Bestellung einen weiten Entscheidungsspielraum eröffnete. (TZ 6)

Das Rektorat und der Senat der MedUni Innsbruck verabsäumten es, sich rechtzeitig auf eine im Rahmen der Satzung vorgesehene Wahlordnung für die Wahl der Mitglieder des Universitätsrats zu einigen, wodurch die bis dahin stattfindenden Wahlvorgänge ohne die entsprechende Verfahrensordnung – und damit ohne die erforderliche Rechtsgrundlage – abgewickelt werden mussten. (TZ 7)


Die Wahlen der Mitglieder durch den Senat der KunstUni Graz und der MedUni Innsbruck erfolgten nach Anhörung der Kandidaten. Die bestellten Mitglieder deckten wesentliche Kompetenzfelder, die für die Erfüllung der Aufgaben notwendig waren, ab. (TZ 8)

Bei Gesamtbeachtung aller 22 Universitäten fehlten jedoch bei einzelnen Universitätsräten Mitglieder mit juristischer oder betriebswirtschaftlicher/finanzwissenschaftlicher Ausbildung. (TZ 8)

Die Vorbereitungen für die Ernennung der Mitglieder der Bundesregierung im jeweiligen Universitätsrat auf Vorschlag des BMWFW erfolgten informell auf politischer Ebene. Da entsprechende Unterlagen auf Verwaltungsebene nicht vorlagen, konnte der RH den Entscheidungsprozess nicht nachvollziehen. (TZ 9)

Die Senate wählten die Mitglieder der Universitätsräte beider überprüfter Universitäten nach gesetzlichen Vorgaben zeitgerecht vor der Entscheidung durch die Bundesregierung. Dies führte dazu, dass die Bundesregierung ihre Entscheidung in Kenntnis der von den Senaten gewählten Mitgliedern treffen konnte. Damit musste sie allenfalls nicht besetzte Kompetenzfelder berücksichtigen und auf eine geschlechtergerechte Zusammensetzung hinwirken. Andererseits konnten das BMWFW bzw. die Bundesregierung dadurch in ihrer Entscheidungsfreiheit eingeschränkt sein. (TZ 10)
An der KunstUni Graz konnten sich die vier vom Senat bzw. der Bundesregierung bestellten Mitglieder nicht auf ein fünftes Mitglied einigen, weshalb die Entscheidung – wie gesetzlich vorgesehen – der Senat aus einem Dreiervorschlag der Akademie der Wissenschaften traf. (TZ 11)

Frauenquote

Für die Funktionsperiode 2008 bis 2013 sah das UG keine konkrete Frauenquote vor, für die Periode 2013 bis 2018 legte es eine Quote von 40 % fest. Eine Novelle im Jahr 2015 sah eine Quote von 50 % vor. Die überprüften Universitäten erreichten 2013 eine Quote von 40 % – jeweils bezogen auf das Gesamtorgan – deshalb, weil die Bundesregierung in allen Fällen, in denen die Universität die Quote unterschritt, weibliche Mitglieder entsandte. Im Jahr 2015 klärte eine weitere Gesetzesänderung die strittige Rechtsfrage der Anwendbarkeit der Frauenquote dahingehend, als diese für die einzelnen Bestellvorgänge der Senate bzw. der Bundesregierung für künftige Bestellungen maßgeblich ist. (TZ 12)

Bei allen 22 Universitäten konnte im Jahr 2014 die im UG vorgesehene Frauenquote von 40 % für Universitätsräte erreicht werden. Zwölf von 22 Vorsitzenden waren männlich, zehn weiblich. (TZ 12)

Befangenheit/Unvereinbarkeit


An der KunstUni Graz traten Interessenkonflikte aufgrund der Nähe der Mitglieder zur eigenen Universität auf. An der MedUni Innsbruck trat ein Mitglied des Universitätsrats zurück, das zusätzlich eine Leitungsfunktion an einer anderen Universität übernommen hatte. (TZ 13)
Infolge der Erhebungen an allen 22 Universitäten mittels Fragebogen wurde in einem Fall ein Rektor zwei Jahre nach Auslaufen seiner Amtsperiode im Jahr 2013 als Universitätsratsmitglied an derselben Universität gewählt. (TZ 13)

Geschäftsordnung des Universitätsrats

Die Universitätsräte der KunstUni Graz und der MedUni Innsbruck beschlossen ihre Geschäftsordnungen gesetzeskonform. (TZ 14)

Die Geschäftsordnung des Universitätsrats der MedUni Innsbruck sah die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden des Universitätsrats nicht vor. Dennoch wählte der Universitätsrat einen stellvertretenden Vorsitzenden. (TZ 14)

Anzahl der Sitzungen

An der KunstUni Graz hielt der Universitätsrat im überprüften Zeitraum jährlich zwischen vier und neun Sitzungen, jener an der MedUni Innsbruck zwischen vier und acht Sitzungen ab. Die Anzahl der Sitzungen und die Anwesenheit der Mitglieder an den überprüften Universitäten waren im Hinblick auf die allgemein hohe Anwesenheitsquote zur Aufgabenerfüllung geeignet. (TZ 15)

Rektoratsbestellungen

Der Universitätsrat der MedUni Innsbruck hielt die gesetzlichen Bestimmungen für die Wahl des Rektors ein. Er befragte die im Dreiervorschlag des Senats genannten Kandidaten intensiv und strukturiert und führte mit diesen inhaltliche Diskussionen über die Pläne betreffend die Entwicklung der MedUni Innsbruck. (TZ 18)

Arbeitsverträge mit den Rektoren

Im überprüften Zeitraum gab es an der KunstUni Graz zwei Bestellungen von Rektoren, an der MedUni Innsbruck eine Bestellung. (TZ 19)

Der im Februar 2012 abgeschlossene Arbeitsvertrag des Rektors der KunstUni Graz sah gegenüber seinem Arbeitsvertrag aus dem Juli 2007 ohne entsprechende Aufgabenausweitung eine Steigerung des fixen Gehalts um rd. 37,8 % bzw. um rd. 18,5 % gegenüber dem Gehalt im Jahr 2011 vor. (TZ 19)


Im Jahr 2012 beschloss der Universitätsrat der MedUni Innsbruck eine Erhöhung des Beschäftigungsausmaßes eines Vizekurtors anlässlich dessen Pensionierung als Professor von zwölf auf 24 Stunden pro Woche. Der Verdoppelung des Beschäftigungsausmaßes und des Entgelts stand keine Ausweitung des Aufgabenbereichs des Vizekurtors gegenüber. (TZ 19)
Genehmigung des Entwicklungsplans


Der Ausgestaltung des Entwicklungsplans der KunstUni Graz ging ein universitärer Diskussionsprozess voraus, an dessen Beginn eine Klausur des Universitätsrats mit dem Rektorat stand. Mangels Dokumentation war jedoch nicht nachvollziehbar, inwieweit sich der Universitätsrat inhaltlich in die Ausgestaltung des Entwicklungsplans eingebracht und damit seine Steuerungsfunktion wahrgenommen hatte. (TZ 21)

Der Universitätsrat an der MedUni Innsbruck griff die Thematik eines neuen Entwicklungsplans erst im Laufe des Jahres 2011 intensiv auf, ohne dass er allerdings dem Rektorat eine Frist zur Vorlage eines genehmigungsfähigen Entwurfs setzte. Bis zur Beschlussfassung gab es über 40 Entwürfe, über die zwischen Rektorat und Senat keine Einigung erzielt werden konnte. Die Leistungsvereinbarung 2013 bis 2015 enthielt daher Bezugnahmen auf eine dieser Entwurfsversionen, nicht aber auf den beschlossenen Entwicklungsplan. (TZ 22)

Stellungnahmen zu den Entwürfen der Leistungsvereinbarungen 2013 bis 2015


Abschluss der Zielvereinbarungen zwischen dem Universitätsrat bzw. dem Rektor und dem Rektorat


kein genehmigungsfähiger Entwicklungsplanentwurf vorlag. Ver-einzelt wurden — bspw. in Form der vereinbarten Mitwirkung des Vizerektors für Forschung an der Erstellung der Leistungsvereinbarung — Ziele vereinbart, die ohnehin zum Kern seiner Aufgaben gehörten, unrealistisch waren oder die das betreffende Mitglied des Rektorats nicht (allein) steuern konnte. (TZ 26)

Zustimmung zum Budgetvoranschlag

An der KunstUni Graz genehmigte der Universitätsrat im überprüften Zeitraum nie, an der MedUni Innsbruck nur einmal den Budgetvoranschlag vor Beginn des Budgetjahres: (TZ 28, 29)

<table>
<thead>
<tr>
<th>Monat der Vorlage und der Genehmigung des Budgetvoranschlags</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Budgetvoranschlag</td>
</tr>
<tr>
<td>-------------------</td>
</tr>
<tr>
<td>2013</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: RH

Nur in einem Fall, nämlich beim Budgetvoranschlag 2010 der Med-Uni Innsbruck, drang der Universitätsrat im April 2010 auf die rechtzeitige Vorlage der Budgetvoranschläge. (TZ 28, 29)

Der Genehmigung des Budgetvoranschlags der KunstUni Graz gingen jeweils Vorbesprechungen der Mitglieder des Universitätsrats mit dem Rektorat, ausführliche Präsentationen durch den Rektor und Vizerektor für Finanzen sowie umfassende Diskussionen im Universitätsrat voraus. (TZ 29)


Genehmigung des Rechnungsabschlusses

Der Universitätsrat der KunstUni Graz lud zur Besprechung des Jahresabschlusses jeweils den von ihm bestellten Jahresabschlussprüfer ein, der den Rechnungsabschluss und dessen Einzelpositionen ausführlich erläuterte und mit dem Universitätsrat diskutierte. (TZ 30)

Die MedUni Innsbruck lud ebenso wie die KunstUni Graz die Rechnungsabschlussprüfer zu den Sitzungen des Universitätsrats ein. Im Gegensatz zur KunstUni Graz fehlte allerdings eine umfassende Dokumentation über die Erörterung der Rechnungsabschlüsse. Es war jedoch ein Rechnungslegungskuratorium aus Mitgliedern des Universitätsrats eingerichtet und es fanden wiederholt Besprechungen zwischen der Vorsitzenden des Universitätsrats und der Vizekuratorin für Finanzen betreffend die Rechnungsabschlüsse statt. (TZ 30)

Die Universitätsräte der KunstUni Graz und der MedUni Innsbruck genehmigten die Rechnungsabschlüsse im überprüften Zeitraum einstimmig. (TZ 30)

Aufsicht über die wirtschaftliche Lage

An der KunstUni Graz, an der kein Konsolidierungsbedarf bestand, wurde die wirtschaftliche Lage nur im Rahmen der Behandlung des jährlichen Budgetvoranschlags und des jährlichen Rechnungsabschlusses im Universitätsrat thematisiert. Damit war die Steuerungsfunktion des Universitätsrats in wirtschaftlichen Angelegenheiten nicht ausreichend gewährleistet. Im Universitätsrat der MedUni Innsbruck war die wirtschaftliche Lage regelmäßig Gegenstand der

Bestellung der Rechnungsabschlussprüfer


Zustimmungspflichtige Rechtsgeschäfte


Zustimmungspflichtige Beteiligungen

Die KunstUni Graz gründete keine Gesellschaften oder Stiftungen und war auch an Gesellschaften nicht beteiligt. (TZ 34)

Die MedUni Innsbruck gründete ebenfalls keine Gesellschaften oder Stiftungen. Sie war an zwei Gesellschaften beteiligt, behandelte

Gebarungsrichtlinien

Die geltenden Gebarungsrichtlinien der KunstUni Graz regelten die wesentlichen Prozesse der Finanzgebarung (z.B. Planung und Budgetierung, Organisation des Rechnungswesens, Prüfung des Rechnungsabschlusses) im Vergleich zu jenen der MedUni Innsbruck detailliert. (TZ 35)

Die Gebarungsrichtlinien der MedUni Innsbruck umfassten lediglich sehr allgemein die Bereiche Grundlagen, strategische Planung, Budgetierung und Budgetvollzug, ohne konkrete Vorgangs- oder Verhaltensweisen zu normieren. (TZ 35)

Im überprüften Zeitraum genehmigten weder der Universitätsrat der KunstUni Graz noch jener der MedUni Innsbruck neue Gebarungsrichtlinien. (TZ 35)

Geschäftsordnung des Rektorats


Organisationsplan

Kurzfassung

Der Universitätsrat der MedUni Innsbruck diskutierte die Änderungen des Organisationsplans umfassend und beschloss im überprüften Zeitraum insgesamt neun Änderungen des Organisationsplans, die zu einer deutlichen Vermehrung der Organisationseinheiten der Universität führten. Der Entwicklungsplan 2013 bis 2015 der MedUni Innsbruck sah für einzelne Kliniken konkrete Notwendigkeiten für Umstrukturierungen vor. (TZ 38)

Berichterstattung der Universitätsräte


Höhe der Vergütungen

Die Mitglieder des Universitätsrats erhielten für ihre Tätigkeit eine Vergütung, die vom Universitätsrat selbst festzusetzen war. Es gab keine gesetzliche Grundlage, die eine Bandbreite der Vergütungen der Mitglieder des Universitätsrats festlegte. Mangels weiterer gesetzlicher Vorgaben konnte die Vergütung von den Universitätsräten frei gestaltet werden. (TZ 40)

Im Durchschnitt waren die festgesetzten Universitätsratsvergütungen bzw. Sitzungsgelder an der MedUni Innsbruck rund doppelt so hoch wie an der KunstUni Graz. (TZ 40)

Die MedUni Innsbruck setzte für alle Funktionen im Universitätsrat die höchsten Vergütungen aller Universitäten fest, die KunstUni Graz lag diesbezüglich im ersten Drittel aller Universitäten. Die Universität Wien als größte Universität befand sich erst an achter Stelle. (TZ 40)

Die Mitglieder des Universitätsrats an der KunstUni Graz und an der MedUni Innsbruck erhielten ein Vielfaches der Aufsichtsratsvergütung der Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H., obwohl diese Einrichtung eine wesentlich höhere Bilanzsumme aufwies als die beiden überprüften Universitäten. (TZ 40)

Veröffentlichung der Vergütungen

Während die KunstUni Graz im überprüften Zeitraum die Höhe der Vergütung der Mitglieder des Universitätsrats im Mitteilungsblatt veröffentlichte, gab die MedUni Innsbruck zwar die Vergütungsbeschlüsse des Universitätsrats auf ihrer Website bekannt, jedoch nicht die Vergütungen im Mitteilungsblatt. Damit war deren Transparenz nicht gegeben. (TZ 41)

Die KunstUni Graz und die MedUni Innsbruck kamen ihrer Verpflichtung nach, in den Angaben und Erläuterungen zu Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung die Bezüge der Mitglieder des Universitätsrats anzugeben. (TZ 42)

Reisekostenvergütungen

Ob für Mitglieder des Universitätsrats die Reisegebührenvorschrift 1955 oder ähnliche Regelungen gemäß Kollektivvertrag für die ArbeitnehmerInnen der Universitäten galten, war nicht klar geregelt. (TZ 43)

Büro des Universitätsrats

Über die administrative Ausformung und organisatorische Anbindung der Geschäfte des Universitätsrats war in den Erläuterungen zur Regierungsvorlage der Stammfassung des UG festgehalten, dass der Universitätsrat zur Erfüllung seiner Aufgaben „ein ständig besetztes Büro innerhalb der Universität haben“ sollte. (TZ 44)


Hinsichtlich aller 22 Universitäten bewegten sich die Einstufungen der Mitarbeiter des Universitätsrats im Kollektivvertrag zwischen den Verwendungsgruppen IIIa und IVb, im Vertragsbedienstetengesetz 1948/Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 in den Entlohnungsschemata zwischen v3/3 und v1/1 bzw. in der Verwendungsgruppe B. Die Personalausstattung (Ressourcen) des jeweiligen Büros reichte von 0,1 VZÄ bis 1,5 VZÄ bzw. war teilweise dem Universitätsrat kein Personal direkt zugeordnet. In diesen Fällen unterstützte das Büro des Rektors/der Universitätsleitung den Universitätsrat bei Bedarf direkt. (TZ 44)

Freie Dienstnehmer

Während die MedUni Innsbruck für den Universitätsrat zusätzlich freie Dienstnehmer beschäftigte, fand der Universitätsrat der KunstUni Graz ohne freie Dienstnehmer das Auslassen. Auch dabei wurde an der MedUni Innsbruck in einigen Fällen die Businessclass bei Flügen im Inland benutzt. (TZ 45)

Aufsichtsbehördliche Maßnahmen des BMWFW

Das BMWFW leitete im Zusammenhang mit der Wahl des Rektors der KunstUni Graz sowie im Zusammenhang mit der Abberufung des Rektors der MedUni Innsbruck aufsichtsbehördliche Verfahren ein. (TZ 46)

Der Bescheid im aufsichtsbehördlichen Verfahren betreffend die Wahl des Rektors der KunstUni Graz wurde vom Verwaltungsgerichtshof aufgehoben. In diesem Verfahren entstanden der KunstUni Graz Aufwendungen in Höhe von rd. 40.000 EUR. (TZ 47)

Das BMWFW erteilte dem Universitätsrat der MedUni Innsbruck eine Rechtsauskunft im Zusammenhang mit der Abberufung des Rektors, die ebenfalls der verwaltungsgerichtlichen Überprüfung nicht standhielt. Der MedUni Innsbruck entstanden dadurch Aufwendungen in Höhe von rd. 271.000 EUR. (TZ 48)
Der RH überprüfte von April bis September 2015 die Gebarung des BMWFW, der Universität für Musik und darstellende Kunst Graz (KunstUni Graz) und der Medizinischen Universität Innsbruck (MedUni Innsbruck) hinsichtlich der Aufgabenerfüllung der Universitätsräte.

Kenndaten zu Universitätsräten an der KunstUni Graz und der MedUni Innsbruck

<table>
<thead>
<tr>
<th>Rechtsgrundlage</th>
<th>Universitätsgesetz 2002, BGBl. I Nr. 120</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>KunstUni Graz</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Anzahl der Mitglieder des Universitätsrats</strong></td>
<td>5</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>in Mio. EUR</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamterlöse¹</td>
<td>46,93</td>
</tr>
<tr>
<td>Anzahl</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Studierende²</td>
<td>1.902</td>
</tr>
</tbody>
</table>

**Aufwendungen für den Universitätsrat**

<table>
<thead>
<tr>
<th>in 1.000 EUR</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Funktionsgebühren und Sitzungsgelder</td>
</tr>
<tr>
<td>Reisekosten</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>MedUni Innsbruck</th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>Anzahl der Mitglieder des Universitätsrats</strong></td>
<td>7</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>in Mio. EUR</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamterlöse¹</td>
<td>287,98</td>
</tr>
<tr>
<td>Anzahl</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Studierende²</td>
<td>2.901</td>
</tr>
</tbody>
</table>

**Aufwendungen für den Universitätsrat**

<table>
<thead>
<tr>
<th>in 1.000 EUR</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Funktionsgebühren und Sitzungsgelder</td>
</tr>
<tr>
<td>Reisekosten</td>
</tr>
</tbody>
</table>

¹ ohne Finanzerträge
² ordentliche Studien, Wintersemester

Quellen: unidata, KunstUni Graz, MedUni Innsbruck, Rechnungsabschlüsse der KunstUni Graz und MedUni Innsbruck

Prüfungsablauf und –gegenstand

1 Der RH überprüfte von April bis September 2015 die Gebarung des BMWFW, der Universität für Musik und darstellende Kunst Graz (KunstUni Graz) und der Medizinischen Universität Innsbruck (MedUni Innsbruck) hinsichtlich der Aufgabenerfüllung der Universitätsräte.
Ziel dieser Querschnittsüberprüfung war es, die Erfüllung der strategischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Aufgaben der Universitätsräte, ihre Bestellung und Organisation und die entsprechende Aufgabenwahrnehmung des BMWFW zu beurteilen.


Einrichtung des Universitätsrats

Ausgangslage – Überblick

2.1 Auf Basis des UG 2002, BGBl. I Nr. 120, erfolgte Anfang 2004 die Umwandlung der Universitäten von weisungsfreien nachgeordneten Dienststellen des Bundes mit teilrechtsfähigen Einrichtungen in vollrechtsfähige juristische Personen. Neben den bis dahin vorgesehenen Organen der Universitätsleitung\(^1\) sah das neue Universitätsrecht zusätzlich die Einrichtung eines Universitätsrats vor.

Der Universitätsrat hat Kontroll- und Steuerungsaufgaben und darüber hinaus Aufsichtsfunktionen wahrzunehmen, die bis zur Änderung der Rechtslage dem zuständigen Bundesminister zugekommen waren.

Dem Universitätsrat kamen insbesondere folgende Aufgaben zu:

---

\(^{1}\) Nach dem Universitätsorganisationsgesetz 1993, BGBl. Nr. 805 (UOG 1993), Rektor (als monokratisches Organ eingerichtet) und Senat; nach der Rechtslage gemäß UG 2002, BGBl. I Nr. 120, sind als Leitungsgänge das Rektorat (als Kollegialorgan aus Rektor und Vizerektoren), der Senat und der Universitätsrat eingerichtet.
Einrichtung des Universitätsrats

Der Universitätsrat sollte seine Kompetenzen, insbesondere die Festlegung der zukünftigen Ausrichtung der Universität und die zur Zielerreichung anzuwendenden Strategien, im Zusammenwirken mit den anderen beiden Leitungsorganen der Universität (Rektorat und Senat) wahrnehmen. Im UG waren dem Universitätsrat die jeweiligen Kompetenzen in der Regel in Form von Zustimmungsrechten eingeräumt. So hatte der Universitätsrat im strategischen Bereich bspw. den Entwicklungsplan (siehe TZ 21 und 22), den Organisationsplan (siehe TZ 38) oder den Entwurf der Leistungsvereinbarung (siehe TZ 23 und 24), im Bereich der Kontrolle der finanziellen Gebarung bspw. den Budgetvoranschlag (siehe TZ 28 und 29) und den Rechnungsabschluss (siehe TZ 30) zu genehmigen.

Eine wesentliche Rolle kam dem Universitätsrat bei der Bestellung des Rektors zu, den er aus einem Vorschlag des Senats zu wählen hatte (siehe TZ 16 bis 18). Der Universitätsrat schloss mit den Mitgliedern des Rektorats die Arbeitsverträge und die Zielvereinbarungen ab (siehe TZ 19, 25 und 26).

\[\text{Quelle: RH}\]

---

**Tabelle 1: Kompetenzen des Universitätsrats\(^1\)**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Kompetenzen des Universitätsrats</th>
<th>Genehmigung</th>
<th>Ausschreibung</th>
<th>Wahl</th>
<th>Abschluss</th>
<th>Genehmigung</th>
<th>Zustimmung</th>
<th>Genehmigung und Weiterleitung an den Bundesminister</th>
<th>Bestellung</th>
<th>Berichterstattung</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>- Organisationsplan</td>
<td>- Budgetvoranschlag</td>
<td>- Zielvereinbarungen mit dem Rektorat</td>
<td>- Organisationplan</td>
<td>- Richtlinien der Gebarung</td>
<td>- Wissensbilanz</td>
<td>- Budgetvoranschlag</td>
<td>- Rechnungsabschluss</td>
<td>- Säumnis von Rektorat oder Senat</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

\(^1\) Im Jahr 2009 erfolgte im Rahmen einer Novelle des UG eine Überarbeitung der gesetzlichen Regelungen betreffend den Universitätsrat, um ein besseres Zusammenspiel der Leitungsorgane und eine effizientere Aufgabenerfüllung durch den Universitätsrat zu erreichen. Beispielsweise verschob die Novelle die Kompetenz zur Ausschreibung der Funktion des Rektors einschließlich der Festlegung des diesbezüglichen Verfahrens vom Senat zum Universitätsrat; ferner verschob sie die Zuständigkeit zum Abschluss von Arbeitsverträgen mit den Vizeprofessoren vom Rektor zum Universitätsrat. Weiter ergänzte die Novelle die Berichtspflicht des Universitätsrats an das BMWFU um einen jährlich zu erstattenden Bericht.

\[\text{Quelle: RH}\]


2.2 Den Universitätsräten kam aus Sicht des RH aufgrund der durch das UG gesetzlich festgelegten Aufgaben eine wesentliche geburtsrelevante Kompetenz zu. Zum Handlungsbedarf hinsichtlich der Berichtspflicht des Universitätsrats siehe TZ 39.

Zusammenarbeit mit Rektorat und Senat

3.1 (1) Der Universitätsrat war neben dem Rektorat und dem Senat als eines von drei Leitungsorganen der Universität eingerichtet. Das UG übertrug den einzelnen Leitungsorganen bestimmte Aufgaben, die diese zum Teil im gegenseitigen Zusammenwirken zu erfüllen hatten. Beispielsweise waren nach der Erstellung

- des Entwicklungsplans (TZ 21 und 22),
- des Organisationsplans (TZ 38),
- der Leistungsvereinbarung (TZ 23, 24),
- des Budgetvoranschlags (TZ 28, 29) und des Rechnungsabschlusses (TZ 30) sowie
- von Gebarungsrichtlinien (TZ 35)

durch das Rektorat jeweils Genehmigungen des Universitätsrats erforderlich.

³ BGBl. I Nr. 81/2009
Die Bestellung des Rektors (TZ 16 bis 18) hatte im Zusammenwirken des Universitätsrats mit dem Senat zu erfolgen.

(2) Bei der Zusammenarbeit zwischen Universitätsrat, Rektorat und Senat stellte der RH folgende Probleme fest:


(3) Die Qualität der Zusammenarbeit der Leitungsgänge war im Zuge der Aufgabenerfüllung der Universitätsräte der überprüften Universitäten von Bedeutung. Dabei stellte der RH insbesondere folgende Auswirkungen fest:

**Tabelle 2: Probleme im Zusammenwirken der Leitungsgänge**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Entwicklungsplan (TZ 21, 22)</th>
<th>KunstUni Graz</th>
<th>MedUni Innsbruck</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>der Entwicklungsplan 2012 bis 2016 wurde nach Vorlage der Leistungsvereinbarung beschlossen</td>
<td>kein Entwicklungsplan zwischen 2010 und November 2013, also auch bei Abschluss der Leistungsvereinbarung</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Leistungsvereinbarung (TZ 24)</th>
<th>KunstUni Graz</th>
<th>MedUni Innsbruck</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>verspätete Vorlage des Entwurfs der Leistungsvereinbarung 2013 bis 2015</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Voranschlag (TZ 28, 29)</th>
<th>KunstUni Graz</th>
<th>MedUni Innsbruck</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Vorlage erst im laufenden Budgetjahr</td>
<td>Vorlage erst im laufenden Budgetjahr</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>zustimmungspflichtige Geschäfte (TZ 33)</th>
<th>KunstUni Graz</th>
<th>MedUni Innsbruck</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Nichtvorlage von genehmigungspflichtigen Geschäften</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Beteiligungen (TZ 34)</th>
<th>KunstUni Graz</th>
<th>MedUni Innsbruck</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Nichtvorlage der Verlängerung eines Kooperationsvertrags</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Bestellung des Rektors (TZ 17)</th>
<th>KunstUni Graz</th>
<th>MedUni Innsbruck</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Konflikt, der gerichtlich geklärt werden musste</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

**Quelle:** RH

3.2 Der RH wies kritisch darauf hin, dass die an den überprüften Universitäten festgestellten Mängel (siehe Tabelle 2) auch auf die Qualität der Kooperation der Leitungsgänge zurückzuführen waren und die Mängel der Kooperation gebarungsrelevante Auswirkungen nach sich zogen.
Organisation der Universitätsräte

Anzahl der Mitglieder

4.1 Das UG sah für den Universitätsrat fünf, sieben oder neun Mitglieder vor. Erstmals erfolgte die Festlegung der Größe im Rahmen der Implementierung des UG durch einen an jeder Universität eingerichteten Gründungskonvent\(^4\). In weiterer Folge kam die Kompetenz zur Festlegung der Anzahl der Mitglieder des Universitätsrats dem Senat zu. Laut den Materialien zum UG bestand die Absicht, den Universitätsrat als unabhängiges, handlungsfähiges und daher kleines Organ zu konzipieren. Die Anzahl der Mitglieder sollte der Größe der Universität und der Zahl der Fächer angepasst sein.


Bei Betrachtung von Budget und Personal lag die MedUni Innsbruck im Vergleich zu den anderen Universitäten im mittleren Bereich\(^5\). Die KunstUni Graz lag in den Bereichen Budget und Personal im Vergleich zu den anderen Universitäten im unteren Bereich\(^6\). Das Studienangebot entsprach an den überprüften Universitäten aufgrund ihrer Profile als medizinische Universität bzw. als Universität für Musik und darstellende Kunst ihren speziellen Wirkungsbereichen.

4.2 Der RH erachtete die Größe der Universitätsräte der KunstUni Graz sowie der MedUni Innsbruck vor dem Hintergrund des Gebarungsvolumens der Universitäten und des Umfangs des Studienangebots der Universitäten für angemessen.

---

\(^4\) Der Gründungskonvent war ein universitäres Kollegialorgan, das aus zwölf Mitgliedern analog zum Senat zusammengesetzt war. Ihm kamen Aufgaben im Rahmen der Implementierung des UG zu, vgl. §§ 120 ff UG.


Die für alle Universitäten geltende gesetzliche Funktionsperiode begann für die Mitglieder der Universitätsräte jeweils Anfang März und betrug fünf Jahre\(^7\). Die zum Zeitpunkt der Gebarungsüberprüfung laufende Funktionsperiode begann im März 2013, davor hatte erstmals eine Konstituierung im Jahr 2008 stattgefunden.


Abbildung 1: Bestellung der Mitglieder der Universitätsräte

6.1 Das UG legte die Voraussetzung für die Mitgliedschaft in einem Universitätsrat fest. Kriterien waren demnach eine Tätigkeit in verantwortungsvoller Position in der Gesellschaft (insbesondere Wissenschaft, Kultur oder Wirtschaft) und die Erwartung, aufgrund hervorragender Kenntnisse und Erfahrungen einen Beitrag zur Erreichung der Ziele und Aufgaben der Universität leisten zu können\(^8\). Nähere Bestimmungen bestanden nicht.

---

\(^7\) vgl. § 21 Abs. 8 UG

\(^8\) vgl. § 21 Abs. 3 UG
Daneben listete das UG verschiedene Unvereinbarkeiten auf, bspw. durften keine Mitarbeiter des zuständigen Bundesministeriums und keine Angehörigen der jeweiligen Universität Mitglieder im Universitätssrat sein; darüber hinaus normierte das Gesetz eine Unvereinbarkeit mit bestimmten politischen Funktionen. Die Wahlen waren zeitlich so angesetzt, dass zuerst die Senate der Universitäten die Mitglieder nominierten und die Bestellung durch die Bundesregierung danach in Kenntnis dieser Entscheidungen erfolgte⁹.

6.2 Der RH hielt fest, dass die gesetzlich festgeschriebenen Voraussetzungen für die Mitgliedschaft in einem Universitätssrat nur grob umris sen waren, was einen weiten Entscheidungsspielraum der entsendenden Organe eröffnete. Deshalb erachtete der RH eine besondere Sorgfalt im Auswahlprozess und eine entsprechende Dokumentation der Willensbildung als notwendig (siehe TZ 9).

Wahlordnung

7.1 (1) Nach den Bestimmungen des UG hatten die Universitäten im Rahmen ihrer Satzung insbesondere auch eine Wahlordnung für die Wahl der Mitglieder des Universitätssrats zu erlassen¹⁰.


⁹ vgl. § 21 Abs. 6 UG
¹⁰ Verordnung des Senats auf Vorschlag des Rektorats, vgl. § 19 Abs. 1 und 2 Z 1 UG
Organisation der Universitätsräte

7.2 (1) Hinsichtlich der Wahlordnung der KunstUni Graz für die Mitglieder des Universitätsrats durch den Senat bemängelte der RH, dass die Wahlordnung die Vorlage von Unterlagen anlässlich der Einbringung der Wahlvorschläge nicht vorsah und empfahl der KunstUni Graz, im Wege der Wahlordnung sicherzustellen, dass den Mitgliedern des Senats wesentliche Informationen über die Kandidaten rechtzeitig vorliegen.

(2) Weiters kritisierte der RH, dass sich das Rektorat und der Senat der MedUni Innsbruck nicht zeitgerecht auf eine entsprechende Wahlordnung einigen konnten, um eine dem UG entsprechende Rechtslage für die Wahl der Mitglieder des Universitätsrats sicherzustellen.

7.3 Die KunstUni Graz teilte mit, dass die Wahlordnung für die Wahl der Mitglieder des Universitätsrats einen Teil der Satzung der Universität darstelle und das Rektorat einen entsprechenden Satzungsänderungsvorschlag einbringen werde, um sicherzustellen, dass die Mitglieder des Senats rechtzeitig vor der Wahl der Mitglieder des Universitätsrats wesentliche Informationen über die Kandidaten erhalten.

Besetzung der Universitätsräte

8.1 (1) Nach Auffassung des BMWFW sollte der Universitätsrat idealerweise so zusammengesetzt sein, dass darin juristische, betriebswirtschaftliche/finanzwissenschaftliche und universitätsbezogene Kenntnisse vertreten sind.

(2) Für die Funktionsperiode 2008 bis 2013 nominiert der Senat der KunstUni Graz nach Anhörung der Kandidaten einen Vorstandsdirrektor eines Unternehmens, einen emeritierten Universitätsprofessor der eigenen Universität, für die Funktionsperiode 2013 bis 2018 eine Wissenschaftlerin im Bereich Rechtswissenschaften und einen emeritierten Universitätsprofessor der eigenen Universität für eine Funktion im Universitätsrat.

(4) Wie der RH mittels Fragebögen an allen 22 Universitäten erhob, fehlten bei einzelnen Universitäten im Universitätsrat Personen mit juristischer oder betriebswirtschaftlicher/finanzwissenschaftlicher Ausbildung.

8.2 (1) Der RH hielt fest, dass die Senate die Wahl an der KunstUni Graz und der MedUni Innsbruck auf Basis einer Anhörung trafen und die bestellten Mitglieder wesentliche Kompetenzfelder, die für die Erfüllung der Aufgaben des Universitätsrats erforderlich waren, abdecken konnten.

(2) In Gesamtbetrachtung aller 22 Universitäten bemängelte der RH jedoch, dass bei einzelnen Universitäten Mitglieder des Universitätsrats mit juristischer oder betriebswirtschaftlicher/finanzwissenschaftlicher Ausbildung fehlten. Ungeachtet dessen, dass in den Universitätsräten der überprüften Universitäten die als wesentlich erachteten Kompetenzfelder ausgewogen vertreten waren, wies der RH auf die Bedeutung einer ausgewogenen Verteilung von Kompetenzen in Universitätsräten hin. Dem BMWFW, das seine Vertreter nach dem Senat bestellte (siehe TZ 10), empfahl er, bei der Bestellung der Universitätsräte auf eine ausgewogene Verteilung der Kenntnisse der Mitglieder zu achten.

Bundesregierung


9.2 Der RH wies kritisch darauf hin, dass aufgrund der Kompetenz der Bundesregierung zur Bestellung der Mitglieder des Universitätsrats die — durch entsprechende Unterlagen nicht dokumentierten — Auswahlentscheidungen im Wesentlichen auf politischer Ebene informell vor-

\(^{12}\) vgl. § 21 Abs. 6 Z 2 UG

\(^{13}\) Ebenso war aufgrund der Notwendigkeit der politischen Einigung der in der Bundesregierung vertretenen Parteien das Büro eines weiteren Bundesministers („Spiegelministerium“), des BMBF, eingebunden.
bereiteten wurden, weshalb für den RH die Entscheidungsprozesse nicht nachvollzogen werden konnten.

Der RH empfahl dem BMWFW zu dokumentieren, welche Voraussetzungen die vom BMWFW vorgeschlagenen Kandidaten für die Tätigkeit als Mitglied eines Universitätsrats geeignet erscheinen ließen.


9.4 Der RH stellte klar, dass sich die gegenständliche Empfehlung zur Dokumentation der Entscheidungsvoraussetzungen auf die von der Bundesregierung zu ernennenden Mitglieder der Universitätsräte bezog und nicht die Schaffung einer gesetzlichen Verpflichtung für die Senaten der Universitäten zum Inhalt hatte. Die Dokumentation sollte dabei nachvollziehbar festhalten, welche Voraussetzungen der vom BMWFW vorgeschlagenen Kandidaten für die Entscheidung von Relevanz waren. Der RH verblieb daher bei seiner Empfehlung.


- Der Senat der MedUni Innsbruck wählte die Mitglieder des Universitätsrats im Oktober 201214.

14 An der MedUni Innsbruck wurde eine entsprechende Wahlordnung erst 2014 erlassen, die erst für die Wahlen zur nächsten Funktionsperiode bzw. im Fall einer Nachbesetzung maßgeblich sein wird (siehe TZ 7). In dieser Wahlordnung war vorgesehen, dass die Wahl der Mitglieder des Universitätsrats spätestens drei Monate vor der regulären Funktionsperiode zu erfolgen hat.
– Der entsprechende Beschluss der Bundesregierung erfolgte im Februar 2013.

Die Abfolge der Bestellung durch die verschiedenen Organe erfolgte aufgrund der Vorgaben des UG zuerst durch die Senate und in weiterer Folge durch die Bundesregierung\textsuperscript{15}. Die Bundesregierung konnte somit die Bestellung in Kenntnis der von den Senaten nominierten Mitglieder durchführen. Dies war auch für die Pflicht zur Erfüllung der Frauenquote von Bedeutung (siehe TZ 12).

\textbf{10.2} Der RH hielt fest, dass die Wahlen durch die Senate an den beiden überprüften Universitäten zeitgerecht durchgeführt wurden. Er wies darauf hin, dass der zeitliche Ablauf der Bestellung der Mitglieder – somit die Bestellung der Mitglieder durch die Bundesregierung in Kenntnis der vom Senat entsandten – im UG festgelegt war. Die Abfolge führte dazu, dass das BMWFW bzw. die Bundesregierung in ihrer Entscheidung allenfalls nicht besetzte Kompetenzfelder berücksichtigen sowie auf eine geschlechtergerechte Verteilung der Sitze hinwirken mussten, wodurch das BMWFW bzw. die Bundesregierung aber auch durch die Senatsbestellungen in ihrer Entscheidungsfreiheit eingeschränkt werden konnten.

Bestellung des 5., 7. bzw. 9. Mitglieds

\textbf{11} Das UG sah vor, dass die vom Senat und der Bundesregierung bestellten Mitglieder des Universitätsrats einvernehmlich eine weitere Person zu bestellen hatten.


– An der MedUni Innsbruck erfolgte die Bestellung als Ergebnis eines Diskussionsprozesses im April 2013.

\textsuperscript{15} vgl. § 21 Abs. 6 UG
Frauenquote

12.1 (1) In der ursprünglichen Fassung\(^{16}\) sah das UG keine konkrete Frauenquote für Universitätsorgane vor. Mit einer Novelle des UG im Jahr 2009\(^{17}\) legte der Gesetzgeber eine Frauenquote von 40 % als Untergrenze für den Universitätsrat fest. Diese Regelung war auf die Zusammensetzung der Universitätsräte ab der Funktionsperiode 2013 bis 2018 anzuwenden. Eine weitere Gesetzesänderung\(^{18}\) von 2015 bestimmte eine 50 %ige Frauenquote. Dabei stellte der Gesetzgeber klar, dass diese Regelung auch auf die einzelnen Bestellungen anzuwenden war\(^{19}\). Die neue Regelung wird erstmals für die Funktionsperiode ab 2018 anzuwenden sein\(^{20}\).

(2) Hinsichtlich der Anwendbarkeit der Bestimmungen über eine verpflichtende Frauenquote von 40 % für die Bestellung der Mitglieder der Universitätsräte für die Funktionsperiode 2013 bis 2018 bestanden unterschiedliche Rechtsansichten zwischen dem Senat der Med-

---

\(^{16}\) BGBl. I Nr. 120/2002
\(^{17}\) BGBl. I Nr. 81/2009
\(^{18}\) BGBl. I Nr. 21/2015; Nach der neuen Regelung erfolgte die Berechnung bei Organen mit einer ungeraden Anzahl an Mitgliedern anhand der um eins verminderten Anzahl.
\(^{19}\) Klargestellt wurde dabei, dass die Frauenquote auch bei Einzelbetrachtung der vom Senat bzw. der Bundesregierung entsandten Mitgliedergruppe zu erfüllen ist.
\(^{20}\) vgl. auch RH Reihe Bund 2011/8 Frauenförderung an Universitäten, TZ 11
Uni Innsbruck und dem BMWFW\textsuperscript{21}; entsprechende aufsichtsbehördliche Maßnahmen ergriff das BMWFW jedoch nicht\textsuperscript{22}.

(3) Der RH erhob an allen 22 Universitäten die Zusammensetzung der Universitätsräte. Im Jahr 2014 betrug der Anteil der Frauen und Männer im Universitätsrat je Universität:

Abbildung 2: Zusammensetzung der Universitätsräte 2014

<table>
<thead>
<tr>
<th>Universität</th>
<th>Männer</th>
<th>Frauen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Universität Wien</td>
<td>4</td>
<td>4</td>
</tr>
<tr>
<td>Universität Graz</td>
<td>5</td>
<td>5</td>
</tr>
<tr>
<td>Medizinische Universität Wien</td>
<td>4</td>
<td>4</td>
</tr>
<tr>
<td>Technische Universität Graz</td>
<td>3</td>
<td>4</td>
</tr>
<tr>
<td>Technische Universität Wien</td>
<td>2</td>
<td>4</td>
</tr>
<tr>
<td>Universität Salzburg</td>
<td>3</td>
<td>3</td>
</tr>
<tr>
<td>Universität Innsbruck</td>
<td>2</td>
<td>3</td>
</tr>
<tr>
<td>Universität Linz</td>
<td>5</td>
<td>2</td>
</tr>
<tr>
<td>Universität Klagenfurt</td>
<td>2</td>
<td>3</td>
</tr>
<tr>
<td>Universität für Bodenkultur</td>
<td>3</td>
<td>3</td>
</tr>
<tr>
<td>Universität für angewandte Kunst</td>
<td>2</td>
<td>3</td>
</tr>
<tr>
<td>Universität für Musik und darstellende Kunst</td>
<td>2</td>
<td>3</td>
</tr>
<tr>
<td>Universität für Weiterbildung</td>
<td>3</td>
<td>5</td>
</tr>
<tr>
<td>Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung</td>
<td>5</td>
<td>2</td>
</tr>
<tr>
<td>Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung</td>
<td>3</td>
<td>3</td>
</tr>
<tr>
<td>Universität für Weiterbildung</td>
<td>2</td>
<td>3</td>
</tr>
<tr>
<td>Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung</td>
<td>2</td>
<td>2</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quellen: BMWFW, uni: data

\textsuperscript{21} Strittig war, ob bei Betrachtung der vom Senat gewählten Mitgliedergruppe die Frauenquote zu erfüllen ist.

\textsuperscript{22} Das BMWFW verwies in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeit der Einrede der unrichtigen Zusammensetzung von Kollegialorganen durch den Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen und die Möglichkeit des BMWFW, gesetz- oder satzungswidrige Wahlen aufzuheben.
Organisation der Universitätsräte

Bei allen Universitäten konnte im Jahr 2014 die im UG vorgesehene Frauenquote von 40 % für Mitglieder der Universitätsräte erreicht werden, zwölf von 22 Vorsitzenden waren männlich, zehn weiblich.

12.2 (1) Der RH anerkannte, dass bei der Zusammensetzung der Universitätsräte der KunstUni Graz und der MedUni Innsbruck bezogen auf das Gesamtorgan der Anteil an weiblichen Mitgliedern bei mindestens 40 % lag. Der im UG für die Funktionsperiode 2013 bis 2018 vorgeschriebene Mindestanteil an weiblichen Mitgliedern wurde somit eingehalten. Der Frauenanteil wurde erreicht, weil die Bundesregierung bei der Mehrzahl der Bestellungen entsprechend kompensierte. Aufgrund der Rechtslage nach der Novelle des UG im Jahr 2015 war auch die Anwendbarkeit der neuen Regelung auf die künftigen Bestellungen dahingehend geklärt, als die Frauenquote für die Funktionsperiode ab 2018 auch bei Einzelbetrachtung der durch die Senate bzw. die Bundesregierung entsandten Mitgliedergruppe zu erfüllen sein wird.

(2) In Gesamtbetrachtung der Universitätsräte aller Universitäten hielt der RH fest, dass im Jahr 2014 die im UG vorgesehene Frauenquote von 40 % für Mitglieder der Universitätsräte erreicht werden konnte.

Befangenheit/Unvereinbarkeit


In der Geschäftsordnung des Universitätsrats der KunstUni Graz waren keine Regelungen für den Fall der Befangenheit der Mitglieder enthalten.


23 vgl. § 21 Abs. 4 und 5 UG
(2) Im überprüften Zeitraum traten bei den überprüften Universitätsräten folgende Befangenheiten bzw. Unvereinbarkeiten auf:

- An der KunstUni Graz trat ein Mitglied, ein vom Senat nominierter emeritierter Universitätsprofessor, aufgrund eines Interessenkonflikts hinsichtlich der Loyalität zum Senat bzw. zum Universitätsrat zurück.

- Ebenfalls an der KunstUni Graz erachtete der Universitätsrat die Teilnahme eines vom Senat nominierten Mitglieds, eines emeritierten Universitätsprofessors, an einer Reise im Zuge eines Forschungsprojekts der Universität in einer außerordentlichen Sitzung als nicht genehmigungspflichtig.

- An der MedUni Innsbruck trat ein Mitglied des Universitätsrats zurück, das zusätzlich die Funktion eines Vizerektors an einer anderen medizinischen Universität übernommen hatte.

(3) Zufolge der Erhebungen an allen 22 Universitäten mittels Fragebogen stellte der RH fest, dass in einem Fall ein Rektor zwei Jahre nach Auslaufen seiner Amtsperiode im Jahr 2013 als Universitätsratsmitglied an derselben Universität gewählt wurde.

13.2 Der RH wies darauf hin, dass die Mitglieder der Universitätsräte ihre Funktion ohne den Anschein der Befangenheit ausüben können, weshalb er die Offenlegung von mit der Funktion möglicherweise im Zusammenhang stehenden Interessen grundsätzlich positiv wertete. Eine derartige Erklärung sollte möglichst viele potenzielle Unvereinbarkeitsbereiche abdecken, bspw. das Vorliegen oder Nichtvorliegen von Geschäftsbeziehungen zur Universität oder das Nichtvorliegen der im UG enthaltenen Unvereinbarkeitsstatbestände.


Dem BMWFW empfahl der RH, die bisher vorliegenden Erfahrungen heranzuziehen und allenfalls für eine Ausweitung der gesetzlichen Unvereinbarkeitsgründe im Hinblick auf die Vereinbarkeit mit Leitungsfunktionen anderer Universitäten bzw. hinsichtlich einer verpflichtenden Wartefrist zwischen der Mitgliedschaft im Universitäts-
rat und der Angehörigeneigenschaft zur jeweiligen Universität sowie einer Wartefrist für ehemalige führende Amtsträger der Universität initiativ zu werden.

13.3 (1) Laut Stellungnahme der KunstUni Graz werde die Empfehlung, von den Mitgliedern des Universitätsrats regelmäßig eine Erklärung über mögliche Univereinbarkeiten abzuverlangen, aufgenommen und ein geeignetes Procedere entwickelt werden.

(2) Die MedUni Innsbruck teilte in ihrer Stellungnahme mit, dass die von jedem Mitglied des Universitätsrats jährlich zu unterschreibende Erklärung „Conflict of Interest“ durch einen Punkt ergänzt worden sei, der einen Interessenkonflikt ausschließe, der sich aus einer universitären oder öffentlichen Funktion ergeben könnte.

(3) Laut Stellungnahme des BMWFW seien mit einer Änderung des UG die Unvereinbarkeitsgründe für die Mitgliedschaft im Universitätsrat insofern erweitert worden, als eine Wartefrist für die Mitglieder des Rektorats der eigenen Universität von vier Jahren vorgesehen sei. Da das Rektorat das operative Organ der Universität sei, würde eine Unvereinbarkeit für die Mitglieder des Rektorats als ausreichend betrachtet. Weiters sei eine Unvereinbarkeit für Mitglieder oder Ersatzmitglieder der Schiedskommission der betreffenden Universität und für Mitglieder eines obersten Organs einer anderen Universität ins Gesetz eingefügt worden.

13.4 Der RH teilte dem BMWFW mit, dass er die Erweiterung der Unvereinbarkeitsregelungen begrüßt. Er wies jedoch darauf hin, dass im Universitätsrat einer überprüften Universität Interessenkonflikte auftraten, die auf ein Naheverhältnis von Mitgliedern zur Universität als ehemalige Angehörige zurückzuführen waren. Diesbezüglich hielt der RH seine Empfehlung aufrecht, hinsichtlich einer Wartefrist zwischen der Angehörigeneigenschaft zur jeweiligen Universität und der Mitgliedschaft im Universitätsrat derselben Universität initiativ zu werden.


15.1 Die Universitätsräte der Kunst Uni Graz und der MedUni Innsbruck hielten zwischen 2010 und 2014 folgende Anzahl an Sitzungen ab:

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>2010</th>
<th>2011</th>
<th>2012</th>
<th>2013</th>
<th>2014</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Anzahl</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>KunstUni Graz</td>
<td>4</td>
<td>8</td>
<td>6</td>
<td>9</td>
<td>6</td>
</tr>
<tr>
<td>MedUni Innsbruck</td>
<td>4</td>
<td>5</td>
<td>6</td>
<td>8</td>
<td>6</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: RH

Grund für die höhere Anzahl an Sitzungen waren die Verfahren zur Bestellung der Rektoren.

Insgesamt lag die Anwesenheit bei den Sitzungen an beiden Universitäten zwischen 2010 und 2014 bei über 90 %.

---

24 davor galt die Geschäftsordnung vom 23. Dezember 2009
15.2 Die Frequenz der Sitzungen und die Anwesenheiten der einzelnen Mitglieder erachtete der RH im Hinblick auf die allgemein hohe Anwesenheitsquote als zur Aufgabenerfüllung geeignet.

Bestellungen und Arbeitsverträge der Rektorate


Im Einzelnen hatte der Universitätsrat bei der Bestellung des Rektors folgende Aufgaben:

- Die Ausschreibung der Funktion des Rektors spätestens acht Monate vor dem voraussichtlichen Freiwerden dieser Funktion bzw. innerhalb von drei Monaten ab dem Zeitpunkt der Abberufung oder des Rücktritts;

- die Erlassung der Bestimmungen für die Wahl des Rektors nach Einholung einer Stellungnahme des Senats, die dieser innerhalb von vier Wochen nach Vorlage abzugeben hatte;

- nach Abgabe eines nicht bindenden Dreiervorschlags der Findungskommission die Wahl des Rektors aus dem bindenden Dreiervorschlag des Senats innerhalb von vier Wochen ab Vorlage des Vorschlags;

- Wahl der Vizerektoren aufgrund eines Vorschlags des Rektors und nach Stellungnahme des Senats;

- gab der amtierende Rektor vor der Ausschreibung der Funktion sein Interesse an der Wiederwahl bekannt, so konnte die Wiederwahl ohne Ausschreibung erfolgen, wenn der Senat und der Universitätsrat jeweils mit Zweidrittelmehrheit zustimmten;
war die Findungskommission säumig, hatte der Universitätsrat innerhalb von vier Wochen die Ersatzvornahme zu erstellen. Der vom Universitätsrat im Rahmen der Ersatzvornahme erstellte Dreiervorschlag war nicht bindend.

Wahl des Rektors an der KunstUni Graz

17.1 (1) In der Sitzung des Universitätsrats der KunstUni Graz im September 2010 teilte die Vorsitzende des Universitätsrats mit, dass der amtierende Rektor bereits Anfang September 2010 sein Interesse an einer Wiederwahl zum Rektor gemäß UG\textsuperscript{25} bekannt gegeben hatte. Der Universitätsrat stimmte der Wiederwahl des amtierenden Rektors einstimmig zu.


Nachdem die Findungskommission\textsuperscript{26} im März 2011 keine Einigung auf einen gemeinsamen Dreiervorschlag an den Senat erzielt hatte, fiel gemäß UG\textsuperscript{27} die Aufgabe der Ersatzvornahme an den Universitätsrat. Dieser erstattete einen Einervorschlag mit dem amtierenden Rektor.

Der Senat erstellte daraufhin im April 2011 einen – bindenden – Dreiervorschlag, der den amtierenden Rektor nicht enthielt und begründete dessen Nichtaufnahme ausführlich.\textsuperscript{28}

In seiner Sitzung vom 2. Mai 2011 behandelte der Universitätsrat den Dreiervorschlag des Senats. Der Universitätsrat konnte die behaupteten wirtschaftlichen Fehler nicht nachvollziehen, weil die Rechnungs-

\textsuperscript{25} § 23b Abs. 1 lautet: Wenn die amtierende Rektorin oder der amtierende Rektor vor der Ausschreibung der Funktion ihr oder sein Interesse an der Wiederwahl bekannt gibt, so kann die Wiederwahl ohne Ausschreibung erfolgen, wenn der Senat und der Universitätsrat mit jeweils Zweidrittelmehrheit zustimmen.

\textsuperscript{26} Gemäß § 23a UG ist spätestens vier Wochen nach der Ausschreibung zur Wahl des Rektors eine Findungskommission einzurichten. Der Findungskommission gehören der Vorsitzende des Universitätsrats und der Vorsitzende des Senats an. Sie hat einen nicht bindenden Dreiervorschlag für die Wahl des Rektors an den Senat zu erstellen.

\textsuperscript{27} § 23a Abs. 6 lautet: Ist die Findungskommission im Sinne des Abs. 2 Z 3 säumig, hat der Universitätsrat innerhalb von vier Wochen die Ersatzvornahme vorzunehmen. Der vom Universitätsrat im Rahmen der Ersatzvornahme erstellte Dreiervorschlag ist nicht bindend.

\textsuperscript{28} z.B. strittige Personalfragen, wirtschaftliche Fehler
abschlüsse und die externen Revisionen immer positive Ergebnisse erbracht hätten. Daher teilte er die Begründung des Senats zur Streichung des Rektors aus dem Dreiervorschlag nicht.

Hinsichtlich des Dreiervorschlags des Senats kam der Universitätsrat zur Auffassung, dass dieser nicht gesetzeskonform sei. Nach Ansicht des Universitätsrats war daher der Senat gemäß UG\textsuperscript{29} säumig. Er übermittelte seine Beschlüsse an das BMWFW mit der Bitte um Prüfung gemäß § 45 Abs. 3\textsuperscript{30} und 6\textsuperscript{31} UG (Rechtsaufsichtsbeschwerde) und gemäß § 47 Abs. 2 UG (Säumigkeit des Senats). Weiters forderte er in der Folge den Senat auf, in dessen nächster Sitzung seinen Dreiervorschlag zu verbessern oder dem Universitätsrat binnen vier Wochen eine Stellungnahme zur Weiterleitung an das BMWFW vorzulegen.

Daraufhin teilte der Senat dem Universitätsrat mit, dass der Senat keine Änderung seines Dreiervorschlags für die Funktion des Rektors vornehme. Er habe vielmehr den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung ersucht, im Rahmen der Ersatzvornahme den Rektor zu wählen. Weiters brachte er eine Säumnisbeschwerde gegen den Universitätsrat betreffend die Rektorswahl aus dem Dreiervorschlag des Senats beim BMWFW ein.


\textsuperscript{29} § 47 Abs. 2 UG: Ist der Senat, das Rektorat oder die Rectorin oder der Rektor im Sinne des Abs. 1 säumig, hat der Universitätsrat auf Antrag einer oder eines davon betroffenen Angehörigen der Universität oder von Amts wegen die Maßnahmen gemäß Abs. 1 (d.h. die Ersatzvornahme nach einer Frist von vier Wochen) zu setzen.


\textsuperscript{31} Die Universitätsorgane sind im Fall der Abs. 3 und 4 verpflichtet, den der Rechtsanschauung der Bundesministerin oder des Bundesministers entsprechenden Rechtszustand unverzüglich herzustellen.

Der Senat tat dies nicht, sondern brachte im November 2011 eine Beschwerde gegen den Bescheid des BMWFW beim VwGH ein.

In seiner Sitzung im Dezember 2011 beschloss der Universitätsrat der KunstUni Graz einen Dreivorschlag für die Wahl eines Rektors im Sinne des Bescheids des BMWFW; die Wahl ergab vier Stimmen für den amtierenden Rektor.


32 gemäß § 47 Abs. 2 UG


Im Juni 2014 wählte der Universitätsrat die Vizerektoren für Forschung, für Kunst, für Ressourcen und für Lehre.

Im zusammenfassenden Überblick stellte sich die Wahl der Rektorin an der KunstUni Graz damit wie folgt dar:
Im Jänner 2012 erörterte der Universitätsrat der KunstUni Graz die Beauftragung von Gutachten und von Rechtsvertretungen im Zusammenhang mit der VwGH–Beschwerde des Senats gegen den Bescheid des BMWFW. Er stellte in diesem Zusammenhang eine Kostenüberschreitung fest. Der Senat hatte ein Honorar des Rechtsanwalts von maximal 18.000 EUR beim Rektorat der KunstUni Graz beantragt. Die Rechnungen für zwei Gutachten und die Rechtsvertretung beliefen sich aber auf 40.000 EUR. Wie im Protokoll festgehalten, verurteilte...
der Universitätsrat die Beschwerdetätigkeit des Senats und sah darin einen finanziellen Schaden, eine Beeinträchtigung des Arbeitsklimas und des Ansehens der KunstUni Graz.

17.2 Der RH kritisierte, dass der Universitätsrat der KunstUni Graz die Bindungswirkung des vom Senat erstatteten Dreivorschlags nicht beachtete und stattdessen seinerseits einen Einervorschlag erstattete. Weiters bemängelte er die lange Dauer des Verfahrens bis zur Bestellung der neuen Rektorin. Er führte dies auf schwerwiegende Mängel in der Zusammenarbeit zwischen dem Universitätsrat und dem Senat zurück.


Wahl des Rektors an der MedUni Innsbruck


Im Anschluss daran fand das Hearing der Bewerber für die Position des Rektors statt: Im November 2012 interviewten sämtliche Mitglieder des Universitätsrats die drei Kandidatinnen strukturiert und mit einheitlicher Fragestellung (bspw. zu Themen: Vizerektorate, Lehre, Forschung, Patientenbetreuung, Finanzen, Internationalität, Nachwuchsförderung); anschließend erfolgten eine ausführliche Diskussion und die Wahl der Rektorin.

Im Juli 2013 wählte der Universitätsrat die Vizerektorin für Forschung und Internationales, den Vizerektor für klinische Angelegenheiten, den Vizerektor für Finanzangelegenheiten und Organisationsentwicklung und den Vizerektor für Lehre und Studienangelegenheiten.

18.2 Der RH hielt fest, dass der Universitätsrat der MedUni Innsbruck die gesetzlichen Bestimmungen für die Wahl des Rektors einhielt. Als positiv sah er auch die intensive und strukturierte Befragung der im Dreiervorschlag des Senats genannten Kandidaten sowie die inhaltliche Diskussion über die Pläne betreffend die Entwicklung der MedUni Innsbruck im Universitätsrat.


KunstUni Graz


Bestellungen und Arbeitsverträge
der Rektorate

der unmittelbar damit in Zusammenhang stehenden Kosten im Ausmaß von 80 %, jedoch maximal bis zu einem Betrag von 15.000 EUR, zu.


MedUni Innsbruck

(3) Der zwischen dem Universitätsrat und der neu gewählten Rektorin im Juli 2013 geschlossene Arbeitsvertrag sah neben dem fixen Bruttoentgelt eine leistungsabhängige Prämie von höchstens 15 % des fixen Bruttoentgelts vor. Gegenüber dem Gehalt des vorhergehenden Rektors war das Bruttoentgelt um rd. 0,4 % geringer.

Im September 2013 nahm der Universitätsrat der MedUni Innsbruck zur Kenntnis, dass — abgesehen von einem Vize rektor — sämtliche Mitglieder des Rektors auf Prämienzahlungen verzichteten.


(2) Der RH bemängelte, dass der Universitätsrat der MedUni Innsbruck das Beschäftigungsausmaß des Vizerektors anlässlich seiner Pensionierung verdoppelte, ohne dessen Aufgabenbereich zu erweitern. Er empfahl der MedUni Innsbruck, in Hinkunft ohne korrespondierende
Ausweitung der Aufgaben von der Erhöhung des Beschäftigungsausmaßes abzusehen.


(2) Laut Stellungnahme der MedUni Innsbruck habe sich in der laufenden Funktionsperiode des Universitätsrats die Frage der Erhöhung des Beschäftigungsausmaßes eines Vizerektors bislang nicht gestellt; im Anlassfall würde die Empfehlung des RH berücksichtigt werden.


Strategische Aufgaben

Überblick

20 Die wesentlichen strategischen Steuerungsinstrumente der Universitäten waren der Entwicklungsplan, die Leistungsvereinbarung und die Zielvereinbarungen:
Der Universitätsrat hatte im Hinblick auf diese Steuerungsinstrumente folgende im UG festgelegten Aufgaben:

- Genehmigung des Entwicklungsplans (TZ 21, 22)
- Genehmigung des Entwurfs der Leistungsvereinbarung (TZ 23, 24)
- Stellungnahme zur Leistungsvereinbarung vor Abschluss durch den Rektor (TZ 23, 24) und
- Abschluss der Zielvereinbarungen mit dem Rektor und dem Rektorat (TZ 25, 26).

KunstUni Graz


Mit diesem Entwicklungsplan legte die KunstUni Graz ihre Perspektiven für die nächsten Jahre vor, wobei der Entwicklungsplan im Wesentlichen der für die Leistungsvereinbarungen vorgesehenen Gliederung folgte. Er war daher bspw. in die Bereiche

- Personalentwicklung,
- Entwicklung und Erschließung der Künste sowie wissenschaftliche Forschung,

- Lehre und Studium,

- Internationalität und Mobilität


Er empfahl der KunstUni Graz, Entwicklungspläne künftig so rechtzeitig zu erstellen, dass diese vor dem Termin der Übermittlung des Entwurfs der Leistungsvereinbarung in beschlossener Form vorliegen.
21.3 Die KunstUni Graz verwies in ihrer Stellungnahme auf die lange Zeit unklare Leitungssituation in der laufenden Funktionsperiode und die neue gesetzliche Regelung des § 13b UG, welche sie anwenden und damit eine rechtzeitige Vorlage des Entwicklungsplans sicherstellen werde.


21.4 Der RH entgegnete, dass ein konsolidiertes Dokument die Sichtweise des Universitätsrats und die Wahrnehmung seiner Steuerungsfunktion transparenter machen würde. Er verblieb daher bei seiner Auffassung.

MedUni Innsbruck


In der letzten Sitzung des Universitätsrats\textsuperscript{33} vor jenem Termin, zu dem der Entwurf der Leistungsvereinbarung an das BMWFW zu übermitteln war\textsuperscript{34}, lagen neuerlich keine Unterlagen betreffend den Entwicklungsplan vor. Der Universitätsrat stellte zwar die Wichtigkeit und Dringlichkeit dieses Themas fest, sowie, dass zwischen dem Rektorat und dem Universitätsrat diesbezüglich vereinbarte Termine wiederholt abgesagt wurden; eine Fristsetzung hinsichtlich eines genehmigungsfähigen Entwicklungsplans erfolgte nicht, vielmehr wies die Vorsitzende des Universitätsrats im Mai 2012 den Rektor schriftlich auf seine Zusage zur Vorlage eines Entwicklungsplans hin.


\textsuperscript{33} 17. April 2012
\textsuperscript{34} Ende April 2012


Im Dezember 2012 wurde die Leistungsvereinbarung 2013 bis 2015 zwischen der KunstUni Graz und dem BMWFW schließlich abgeschlossen.

(2) Der RH hielt fest, dass der Universitätsrat der KunstUni Graz die gesetzlich geforderte Stellungnahme zur Leistungsvereinbarung 2013 bis 2015 abgegeben hatte und die Leistungsvereinbarung rechtzeitig vor ihrem Inkrafttreten abgeschlossen wurde.

23.3 **Die KunstUni Graz teilte in ihrer Stellungnahme mit, dass der Universitätsrat regelmäßige Beratungen mit dem Rektorat führe. Die sich in den Sitzungen des Universitätsrats ergebenden Positionen flössen in die Beratungen mit dem Rektorat ein, die „Steuerung“ durch den Universitätsrat werde aus den Sitzungsprotokollen sichtbar.**

23.4 Der RH entgegnete der KunstUni Graz, ein konsolidiertes Dokument würde die Sichtweise des Universitätsrats und die Wahrnehmung seiner Steuerungsfunktion transparenter machen. Er verblieb daher bei seiner Auffassung.


---

\(^{35}\) 30. April des dritten Jahres einer Leistungsvereinbarungsperiode, sohin diesfalls 30. April 2012

\(^{36}\) Zuvor an das BMWFW übermittelte Entwürfe waren nicht vom Universitätsrat genehmigt.

\(^{37}\) Es wurden lediglich die von den Mitgliedern des Universitätsrats auszufüllenden Leerformulare übermittelt.

\(^{38}\) Dieser erfolgte rechtzeitig im Dezember 2012.
24.2 (1) Der RH kritisierte die – im Gegensatz zur KunstUni Graz – ver-
spätet erfolgte Vorlage eines Entwurfs für die Leistungsvereinbarung
2013 bis 2015 der MedUni Innsbruck an das BMWFW. Als positiv sah er es an, dass dazu der Universitätsrat in kurzer Frist eine ausführ-
liche Stellungnahme abgab. Allerdings wurden diese Änderungsvor-
schläge in der abgeschlossenen Leistungsvereinbarung kaum berück-
sichtigt, so dass diesbezüglich die strategische Steuerungsfunktion des
Universitätsrats kaum zum Tragen kam. Die Tatsache der Beschluss-
fassung des gesamten Universitätsrats war nicht dokumentiert.

(2) Der RH bemängelte, dass die MedUni Innsbruck der im UG vorge-
sehenen Verpflichtung zur Abgabe einer Stellungnahme zur Leistungs-
vereinbarung vor deren Abschluss nicht nachkam. Dies insbesondere deshalb, weil – wie zuvor festgehalten – die seinerzeitige Stellung-
nahme kaum berücksichtigt wurde. Der RH empfahl der MedUni Inns-
bruck, in Hinkunft diese Stellungnahme – entsprechend der Bestim-
mung des UG – abzugeben.

24.3 Laut Stellungnahme der MedUni Innsbruck habe sie die Empfehlung
des RH insofern umgesetzt, als sie die Stellungnahme zur Leistungs-
vereinbarung 2016 bis 2018 zeitgerecht entsprechend der Bestimmung
des UG an das BMWFW übermittelt habe.

25.1 (1) An der Kunstuni Graz schloss der Universitätsrat zu folgenden
Zeiten (keine) Zielvereinbarungen mit dem Rektor bzw. dem Rektorat
ab:

Abbildung 4: Zielvereinbarungen an der KunstUni Graz

<table>
<thead>
<tr>
<th>Abschluss der Zielvereinbarungen zwischen dem Universitätssrat und dem Rektor bzw. dem Rektorat</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>Jänner 2010 bis September 2011</strong></td>
</tr>
</tbody>
</table>

blau: Zielvereinbarung(en) abgeschlossen; grau: keine Zielvereinbarungen abgeschlossen

Quelle: RH


Der Rektor seinerseits schloss daraufhin mit den Vizerektoren deren Aufgabenbereich betreffende Zielvereinbarungen ab.


---

39 Eine darüber hinausgehende Ausnahme bildete die Vereinbarung, im Jahr 2010 die Zielvereinbarungen mit den Organisationseinheiten abzuschließen.


25.2 (1) Aus Sicht des RH wies der Abschluss der Zielvereinbarungen an der KunstUni Graz folgende Schwächen auf:

- Die „Konkretisierung“ der Zielvereinbarung für den Zeitraum 2010 bis September 2011 war eine neue Zielvereinbarung, weil neue, zuvor nicht vereinbarte Ziele unterschriftlich und eben nicht schon bestehende Ziele näher ausformuliert bzw. konkretisiert wurden. Im Hinblick darauf, dass der Universitätsrat diese Zielvereinbarung nur mit dem Rektor abschloss und dieser seinerseits weitere Vereinbarungen mit den Vizerektoren, entsprach die Vorgangsweise formal nicht mehr den Bestimmungen des UG.

– Was die abgeschlossenen Zielvereinbarungen betraf, so erachtete der RH die exakte Festlegung der Ziele und die hohe Qualität der vom Rektor gelegten Berichte für positiv. Er bemängelte jedoch, dass die Ziele nicht gewichtet wurden.

– Gesetzliche, sogar terminlich geregelte Aufgaben, wie die Vorlage des Entwurfs einer Leistungsvereinbarung, sollten nicht Gegenstand von Zielvereinbarungen und daher mittelbar von Prämienzahlungen sein.

(2) Der RH empfahl der KunstUni Graz daher,

– künftig Zielvereinbarungen mit den verbliebenen Rektoratsmitgliedern auch für jene Fälle abzuschließen, in denen das Amt des Rektors oder eines Vizerektors längere Zeit nicht besetzt ist;

– in künftigen Zielvereinbarungen festzulegen, mit welchem Prozentsatz jedes Ziel im Hinblick auf die Prämienzahlung gewichtet wird, um bei Nichterreichung einzelner Ziele entsprechend variabel differenzieren zu können;

– gesetzliche Aufgaben, wie die Vorlage des Entwurfs einer Leistungsvereinbarung, in Zukunft nicht mehr in Zielvereinbarungen zu regeln.


Was die Gewichtung der Ziele in abgeschlossenen Zielvereinbarungen betraf, sagte die KunstUni Graz die Umsetzung dieser Empfehlung zu.

Hingegen werde sie weiterhin auch gesetzliche Aufgaben zum Bestandteil von Zielvereinbarungen machen, diese allerdings mit einer geringeren Gewichtung versehen.

25.4 Der RH stellte klar, dass er nicht empfahl, Zielvereinbarungen über unbekannte Zeiträume abzuschließen. Im Hinblick auf die im Februar 2013 erfolgte Absage des gewählten Kandidaten für die Position des Rektors, den im Oktober 2013 erfolgten Beschluss des Universitätsrats, das Amt neu auszuschreiben und die dann im November 2013 tatsächlich erfolgte Ausschreibung konnte von einer mindestens einjährigen Vakanz ausgegangen werden, woraus sich in absehbarer Weise ein für
Strategische Aufgaben

Zielvereinbarungen üblicher Zeitraum von jedenfalls einem Jahr ergeben hatte. Unter Hinweis auf die gleichzeitig erfolgten Prämienzahlungen verblieb er daher bei seiner Auffassung.


Hinsichtlich der Periode 2010/2011 lagen Umsetzungsberichte des Rektors und der Vizektoren vor, die sich detailliert am entsprechenden Teil der Zielvereinbarung orientierten. Allerdings zeigten die Berichte einen im Zuständigkeitsbereich der Rektoratsmitglieder (Ressortbereich) unterschiedlichen Umsetzungserfolg. Der Universitätsrat setzte die auszuzahlende Prämie Ende 2011 für alle fünf Mitglieder des Rektorats mit 80 % (der möglichen 15 %) fest, wonach insgesamt rd. 58.000 EUR an Prämien ausbezahlt wurden.

Für die folgende Periode 2011/2012 differenzierte der Universitätsrat hingegen nach eingehender Diskussion der vorgelegten Berichte und beschloss Prämienzahlungen an den Rektor und die vier Vizektoren in Höhe von 60 % bis 100 % der höchstmöglichen Prämie; es wurden insgesamt rd. 46.000 EUR ausbezahlt.
Dies änderte sich erneut für die Periode 2012/2013, für welche der Universitätsrat im September 2013 allen fünf Mitgliedern des Rektorats 100 % der möglichen Prämie zuerkannte – insgesamt rd. 74.000 EUR. In dieser Periode, für die der Rektor die höchste Prämie des gesamten überprüften Zeitraums erhielt, musste die Leistungsvereinbarung 2013 bis 2015 abgeschlossen werden, ohne dass ein genehmigter Entwicklungsplan vorlag (siehe TZ 22). Was die damalige Vizerektorin für Personal, Personalentwicklung und Gleichbehandlung betraf, konnte diese einzelne Ziele nicht erfüllen, wobei sie diesbezüglich anmerkte, dass sie in Teilbereichen darauf keinen Einfluss hatte. Hinsichtlich der Hebung des Anteils von Frauen in bestimmten Leitungsfunktionen wurde vereinbart, diesen Anteil zwischen Juni 2012 bis September 2013 von 21,2 % um 18,8 %-Punkte auf 40 % zu steigern – die tatsächliche Steigerung betrug laut Bericht rd. 3 %-Punkte.


26.2 Der RH kritisierte, dass an der MedUni Innsbruck der Universitätsrat dem Rektor und dem Rektorat die höchsten Prämien des überprüften Zeitraums für jene Periode zuerkannte, in der kein genehmigungsfähiger Entwicklungsplanentwurf vor Abschluss der Leistungsvereinbarung mit dem BMWFW vorlag. Außerdem wies der Prozess des Abschlusses der Zielvereinbarungen und der Zuerkennung der Prämien durch den Universitätsrat an die Mitglieder des Rektorats weitere Mängel auf:

- Aus Sicht des RH sollten grundsätzliche Tätigkeiten im Rahmen des Aufgabenprofils eines Rektoratsmitglieds, wie die Mitwirkung am Prozess der Erstellung einer Leistungsvereinbarung, nicht Gegenstand von Zielvereinbarungen sein;

- für die Prämienzahlungen betreffend die Periode 2009/2010 lagen keine Beschlüsse des Universitätsrats vor;


- in der Periode 2012/2013 waren dies 100 % der möglichen Prämie, obwohl ein Teil der Ziele nicht erreicht wurde;
Strategische Aufgaben

– mit der Vizerektorin für Personal, Personalentwicklung und Gleichbehandlung wurden Ziele vereinbart, deren Erfüllung sie selbst nicht (allein) beeinflussen konnte bzw. – wie jenes der Verdoppelung des Anteils der Frauen in Führungspositionen binnen Jahresfrist – unrealistisch waren;

– für das Jahr 2014 lagen keine unterschriebenen Zielvereinbarungen vor.

Der RH empfahl der MedUni Innsbruck daher,

– in Hinkunft zwischen dem Universitätsrat und jedem Mitglied des Rektorats unterschriebene Zielvereinbarungen abzuschließen;

– in die Zielvereinbarung ambitionierte, aber realistische Ziele aufzunehmen, die das jeweilige Mitglied des Rektorats selbst beeinflussen kann;

– bei der Zuerkennung von Prämien stets nach dem Grad der Zielerreichung zu differenzieren, sowie

– grundsätzliche Tätigkeiten im Rahmen des Aufgabenprofils eines Rektoratsmitglieds, wie die Mitwirkung am Prozess der Erstellung einer Leistungsvereinbarung, nicht zum Gegenstand von Zielvereinbarungen und damit mittelbar Prämienzahlungen zu machen.


Die MedUni Innsbruck habe in der nunmehr laufenden Funktionsperiode die Zielerreichung im Fall der Prämienvorschriften in Prozenten differenziert. Die unumgänglichen Überlappungen der Aufgaben der Mitglieder des Rektorats würden allerdings eine ausschließlich auf die einzelne Person bezogene Bewertung schwierig machen.

26.4 Der RH erwiderte, seine Empfehlung, in die Zielvereinbarung keine Ziele aufzunehmen, die das jeweilige Mitglied des Rektorats nicht selbst beeinflussen kann, bezog sich nicht auf einander überlappende Aufgaben, sondern auf solche, deren Erreichung das betreffende Rektoratsmitglied nicht selbst steuern konnte.


Wirtschaftliche Aufgaben

Überblick

27 Der Universitätsrat hatte folgende im UG festgelegte wesentliche wirtschaftliche Aufgaben:

- Zustimmung zum Budgetvoranschlag (TZ 28, 29),
- Genehmigung des Rechnungsabschlusses (TZ 30),
- Bestellung der Rechnungsabschlussprüfer (TZ 32),
- Zustimmung zu bestimmten Rechtsgeschäften (TZ 33),
Wirtschaftliche Aufgaben

- Zustimmung zu bestimmten Beteiligungen (TZ 34) und
- Genehmigung der Gebarungsrichtlinien (TZ 35).

Zustimmung zum Budgetvoranschlag


<table>
<thead>
<tr>
<th>Budgetvoranschlag</th>
<th>KunstUni Graz</th>
<th>MedUni Innsbruck</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Voorlage</td>
<td>Genehmigung</td>
<td>Voorlage</td>
</tr>
<tr>
<td>2013</td>
<td>Dezember 2012</td>
<td>Jänner 2013</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: RH

29.1 (1) Die Budgetvoranschläge der KunstUni Graz — bis einschließlich des Budgetvoranschlags 2015 — wurden im überprüften Zeitraum immer erst im Jänner des laufenden Budgetjahres genehmigt. Der Abstimmung über den Budgetvoranschlag gingen jeweils Vorbesprechungen der Mitglieder des Universitätsrats, ausführliche Präsentationen durch den Rektor und die Vizekoordinator für Ressourcen41 sowie umfassende Diskussionen des Tagesordnungspunktes im Universitätsrat voraus. Den Protokollen des Universitätsrats war zu entnehmen, dass der Vizekoordinator für Finanzen die Fragen der Mitglieder des Universitätsrats ausführlich beantwortete und dass eine umfangreiche Diskussion im Universi-

41 bis 2013 Vizekoordinator für Finanzen
Der Universitätsrat stimmte den Budgetvoranschlägen stets innerhalb der vorgesehenen Frist von vier Wochen einstimmig zu.

(2) Die budgetäre Lage der MedUni Innsbruck war bis zum Jahr 2013 angespannt (siehe TZ 31).


In der Sitzung des Universitätsrats vom Juni 2010 erfolgte anlässlich der Behandlung des Budgetvoranschlags 2010 eine umfassende Diskussion über die Einbeziehung von Kostenerstattungen gemäß § 26 Abs. 3 UG42. Der Universitätsrat der MedUni Innsbruck kritisierte darüber hinaus den Drittmittelbericht des Rektorats als äußerst mangelhaft in der Ausgestaltung und forderte vom Rektorat eine adaptierte Version ein. Schließlich erfolgte die Genehmigung des Budgetvoranschlags einstimmig.


In seiner Sitzung im Jänner 2014 genehmigte der Universitätsrat nach kurzer Diskussion den Budgetvoranschlag 2014 einstimmig.

Der Universitätsrat beschloss in seiner Sitzung vom November 2014 nach einer im Protokoll dokumentierten intensiven Diskussion den Budgetvoranschlag 2015 einstimmig.


Der RH empfahl der KunstUni Graz und der MedUni Innsbruck, die Budgetvoranschläge dem Universitätsrat vor Beginn des laufenden Budgetjahres zur Beschlussfassung vorzulegen, um Perioden ohne genehmigtes Budget zu vermeiden, die Gebarungsgrundlagen rechtzeitig sicherzustellen und die Willensbildung transparent zu dokumentieren.


(2) Gegenüber der MedUni Innsbruck wies der RH darauf hin, dass sich seine Empfehlung im gegenständlichen Zusammenhang auf die inhaltliche Aussagekraft und Nachvollziehbarkeit der Dokumentation der Diskussion der Budgetvoranschläge im Universitätsrat bezog.

Der RH erblickte darin keinen Widerspruch zu anderen an die MedUni Innsbruck gerichteten Empfehlungen.


Im Gegensatz zur KunstUni Graz war eine umfassende Diskussion über den Rechnungsabschluss im Universitätsrat der MedUni Innsbruck in den Protokollen nicht dokumentiert, jedoch war an der MedUni Innsbruck ein Rechnungslegungskuratorium eingerichtet und es fanden wiederholt Besprechungen zwischen der Vorsitzenden des Universitätsrats und der Vizerektorin für Finanzen betreffend die Rechnungsabschlüsse statt.

In der Sitzung des Universitätsrats im April 2010 bestätigte der Abschlussprüfer, dass sich die Qualität der zur Prüfung herangezogenen Unterlagen hinsichtlich der Einhaltung von Grundsätzen der Rechnungslegung verbessert habe. In der Sitzung vom Jänner 2011 berichtete er über eine substanzielle Verbesserung der Qualität des Rechnungswesens (z.B. hinsichtlich der Tagfertigkeit).

Auch die Rechnungsabschlüsse der MedUni Innsbruck wiesen im überprüften Zeitraum durchwegs Bilanzgewinne aus.

---

43 Das Rechnungslegungskuratorium bestand aus Mitgliedern des Universitätsrats und hatte die Aufgabe, den Rechnungsabschluss vor der Beschlussfassung im Universitätsrat detailliert zu erörtern.
Der Universitätsrat der MedUni Innsbruck genehmigte die Rechnungsabschlüsse im überprüften Zeitraum jeweils einstimmig im Mai des Folgejahres.


30.3 Die MedUni Innsbruck teilte in ihrer Stellungnahme mit, dass schon bislang die Rechnungsabschlüsse zur Vorbereitung der Sitzung des Universitätsrats in einer eigenen Sitzung des Rechnungslegungsbeirates ausführlich erörtert worden seien. Sie sagte zu, von nun an als Grundlage für die Diskussion im Universitätsrat ein zusätzliches Protokoll der Sitzungen des Rechnungslegungsbeirates zu führen, dieses dem Universitätsrat zur Kenntnis zu bringen und in die Diskussion einzubeziehen.

31.1 Während an der KunstUni Graz, an der kein Konsolidierungsbedarf bestand, die wirtschaftliche Lage nur im Rahmen der Behandlung des jährlichen Budgetvoranschlags und des jährlichen Rechnungsabschlusses Gegenstand der Erörterungen des Universitätsrats bildeten, war an der MedUni Innsbruck die wirtschaftliche Lage regelmäßig Gegenstand der Beratungen des Universitätsrats.


31.2 Der RH wies kritisch darauf hin, dass der Universitätsrat der KunstUni Graz die wirtschaftliche Lage der Universität lediglich im Rahmen der Erörterungen des jährlichen Budgetvoranschlags und des jährlichen Rechnungsabschlusses behandelte. Nach Ansicht des RH war aufgrund des Fehlens von unterjährigen Erörterungen die Steuerungsfunktion des Universitätsrats in wirtschaftlichen Angelegenheiten nicht ausreichend gewährleistet, zumal sich die wirtschaftliche Situation einer Universität im Laufe der Zeit auch verschlechtern konnte. Er empfahl der KunstUni Graz daher, die wirtschaftliche Lage der Universität auch während des laufenden Geschäftsjahres im Universitätsrat zu behandeln.

Der RH stellte auf der Grundlage der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage der MedUni Innsbruck fest, dass der Universitätsrat der MedUni Innsbruck in seiner Aufsichtsfunktion betreffend die wirtschaftliche Lage der Universität mehrere Maßnahmen setzte bzw. anregte, die zu einer wirtschaftlichen Konsolidierung der MedUni Innsbruck bzw. dazu beitrugen, dass sich die wirtschaftliche Lage der Universität besser entwickelte als die Vorschauen erwarteten ließen.


31.4 Der RH entgegnete der KunstUni Graz, dass die regelmäßige Erörterung der wirtschaftlichen Lage der Universität im Universitätsrat anlässlich der Erstellung und Vorlage der Quartalsberichte in den Protokollen des Universitätsrats nicht dokumentiert war. Unter sinngemäßem Hinweis auf TZ 30 erachtete der RH eine aussagekräftig und nachvollziehbar dokumentierte Meinungsbildung des Universitätsrats zur wirtschaftlichen Lage für zweckmäßig.
Universitätsräte

Wirtschaftliche Aufgaben


(2) In Abweichung von der sonst geübten Praxis beschloss der Universitätsrat der MedUni Innsbruck in seiner Sitzung vom Oktober 2010 einstimmig, aufgrund der Erfahrungen und bereits erfolgten Einarbeitung des bisherigen Abschlussprüfers diesen für die Jahre 2010 bis 2012 erneut zu bestellen und holte einen Kostenvoranschlag erst nachträglich ein.


33.1 (1) Gemäß UG hatte der Universitätsrat die Aufgabe, der Begründung von Verbindlichkeiten, die über die laufende Geschäftstätigkeit der Universität hinausgehen, zuzustimmen, sowie das Rektorat zu ermächtigen, solche Verbindlichkeiten bis zu einer bestimmten Höhe ohne vorherige Einholung der Zustimmung des Universitätsrats einzugehen. Weder die KunstUni Graz noch die MedUni Innsbruck gingen Verbindlichkeiten ein, die diesen Bestimmungen unterlagen.

Universitätsrat fest, dass eine Veranlagung in dieser Form nie im Uni-
versitätsrat besprochen wurde und keine Beschlussfassung erfolgte.

33.2 Der RH kritisierte, dass das Rektorat der MedUni Innsbruck entgegen
seiner Geschäftsordnung Veranlagungen in Höhe von 40 Mio. EUR dem
Universitätsrat nicht zur Genehmigung vorlegte, dadurch gerade in
einer schwierigen wirtschaftlichen Lage der Universität die Steuerungs-
möglichkeiten des Universitätsrats blockierte und dem Universitätsrat
die Möglichkeit vorenthielt, gegebenenfalls eine risikoärmere Veran-
lagungsform vorzuschlagen und zu genehmigen. Er empfahl der Med-
Uni Innsbruck, in Hinkunft Veranlagungen entsprechend den Bestim-
mungen der Geschäftsordnung des Rektorats dem Universitätsrat zur
Genehmigung zu übermitteln.

33.3 Laut Stellungnahme der MedUni Innsbruck sei in der Sitzung des Uni-
versitätsrats im Jänner 2016 ein eigener Tagesordnungspunkt der Dis-
kussion über die Veranlagungsstrategie der MedUni Innsbruck gewid-
met worden. Der Universitätsrat werde das Rektorat auf die – auf ein
einzelnes Versäumnis zurückzuführende – Empfehlung des RH noch-
mals besonders hinweisen.

34.1 (1) Gemäß UG hatte der Universitätsrat die Gründung von Gesellschaf-
ten und Stiftungen sowie die Beteiligung an Gesellschaften zu geneh-
migen. Die KunstUni Graz gründete keine Gesellschaften oder Stif-
tungen und war an Gesellschaften nicht beteiligt.

(2) Die MedUni Innsbruck gründete ebenfalls keine Gesellschaften oder
Stiftungen, war aber an zwei Gesellschaften beteiligt. Der Universi-
tätsrat der MedUni Innsbruck erörterte zwar die 25 %-Beteiligung an
der Oncotyrol GmbH (ein Zentrum für personalisierte Krebsmedizin) wie-
derholt in seinen Sitzungen, nicht jedoch die Beteiligung an CAST Cen-
ter of Academic Spinoffs Tyrol – Gründungszentrum GmbH (CAST)45.
Dabei diskutierte der Universitätsrat bspw. den Informationsaustausch
mit der Gesellschaft, der Vizerektor für Forschung berichtete über die
Forschungsleistung der Oncotyrol GmbH; der Geschäftsführer erläu-
terte dem Universitätsrat die wichtigsten Kennzahlen des Jahresab-
enschlusses und gab einen Überblick über die Tätigkeit der Gesellschaft.

44 CAST Center for Academic Spinoffs Tyrol – Gründungszentrum GmbH (CAST) und
Oncotyrol GmbH
45 Beteiligung der MedUni Innsbruck 25,1 % des Stammkapitals
In der Sitzung des Universitätsrats vom September 2013 stellte der Universitätsrat aufgrund eines Vorbringens eines seiner Mitglieder fest, dass ihm die Verlängerung des Kooperationsvertrags im Rahmen der Beteiligung der MedUni Innsbruck mit der Oncotyrol GmbH vom Rektorat nicht vorgelegt worden war.

34.2 Der RH kritisierte, dass der Universitätsrat die Beteiligung an der CAST nicht behandelte. Weiters kritisierte er, dass das Rektorat die Verlängerung des Kooperationsvertrags mit der Oncotyrol GmbH dem Universitätsrat nicht zur Genehmigung vorlegte. Der RH beurteilte die wiederholte und umfassende Auseinandersetzung des Universitätsrats der MedUni Innsbruck mit der Beteiligung an der Oncotyrol GmbH hingegen positiv.

Der RH empfahl der MedUni Innsbruck daher, sämtliche Beteiligungen im Universitätsrat zu behandeln und Vertragsänderungen bzw. -verlängerungen dem Universitätsrat zur Information und Beschlussfassung zu übermitteln.

34.3 Die MedUni Innsbruck teilte in ihrer Stellungnahme mit, dass sie das Rektorat auf die Empfehlung des RH besonders hinweisen werde.


(2) Die Gebarungsrichtlinien der MedUni Innsbruck, die im Jahr 2009 vom Universitätsrat genehmigt worden waren, umfassten lediglich sehr allgemein die Bereiche Grundlagen, strategische Planung, Budgetierung und Budgetvollzug, ohne konkrete Vorgangs- oder Verhaltensweisen zu normieren.

(3) Im überprüften Zeitraum 2010 bis 2014 genehmigte weder der Universitätsrat der KunstUni Graz noch jener der MedUni Innsbruck Gebarungsrichtlinien.

35.2 Der RH bemängelte, dass die Gebarungsrichtlinie der MedUni Innsbruck keine Vorgangs- oder Verhaltensweisen für den Gebarungsvollzug enthielt.

\(^{46}\) vom Universitätsrat am 30. November 2009 beschlossen
Der RH empfahl der MedUni Innsbruck, eine Geburtsrichtlinie zu erlassen, die den Geburtsvollzug umfassend und konkret regelt.

35.3 *Die MedUni Innsbruck teilte in ihrer Stellungnahme mit, dass inzwischen eine neue Geburtsrichtlinie vom Rektorat beschlossen und dem Universitätsrat zur Beschlussfassung vorgelegt worden sei.*

### Organisatorische Aufgaben

<table>
<thead>
<tr>
<th>Überblick</th>
<th>36 Der Universitätsrat hatte im Hinblick auf die Organisation der Universität folgende im UG festgelegten Aufgaben:</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>- Genehmigung der Geschäftsordnung des Rektorats (TZ 37),</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>- Genehmigung des Organisationsplans der Universität (TZ 38).</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>37.2 Der RH stellte die ordnungsgemäß Wahrnehmung dieser Aufgaben der Universitätsräte an beiden überprüften Universitäten fest.</td>
</tr>
</tbody>
</table>

|                   | (2) Der Universitätsrat der MedUni Innsbruck diskutierte die Änderungen des Organisationsplans und beschloss im überprüften Zeitraum insgesamt neun Änderungen des Organisationsplans, die zu einer deutlichen Vermehrung der Organisationseinheiten der Universität führten. Der Entwicklungsplan 2013 bis 2015 der MedUni Innsbruck sah für einzelne Kliniken konkrete Notwendigkeiten für Umstrukturierungen. |

---

47 *Organisationseinheit zur Koordination der Aufgaben der Gleichstellung, der Frauenförderung sowie der Geschlechterforschung*
Organisatorische Aufgaben

(bspw. Restrukturierung des Departments für Innere Medizin, Restrukturierung des Departments für Psychiatrie und Psychotherapie, Restrukturierung der Anästhesie) vor.

38.2 Der RH wies darauf hin, dass die KunstUni Graz keine umfangreichen Änderungen des Organisationsplans vornahm, sondern sich auf kleinere aufbauorganisatorische Änderungen beschränkte.


Der RH empfahl der MedUni Innsbruck, bei Änderungen des Organisationsplans die Vorgaben ihres Entwicklungsplans in Richtung einer straffen Aufbauorganisation zu interpretieren.

38.3 Laut Stellungnahme der MedUni Innsbruck werde auf die Beachtung dieser Empfehlung bei künftigen Änderungen des Organisationsplans besonderes Gewicht gelegt.

Berichterstattung der Universitätsräte


Das BMWFW erarbeitete in Abstimmung einzelner Mitglieder von Universitätsräten eine Empfehlung über die Grundzüge der Inhalte des Berichts49 und übermittelte diese an die Universitätsräte. Terminlich

48 vgl. § 21 Abs. 1 Z 12 UG in der Fassung BGBl. I Nr. 120/2002
49 Anzahl der Sitzungen, Themen mit denen der Universitätsrat beschäftigt war (strategische Ausrichtung, Erstellung bzw. Umsetzung der Leistungsvereinbarung, finanzielle bzw. wirtschaftliche Situation), Maßnahmen des Arbeitskreises für Gleichbehandlungsfragen im Zusammenhang mit der geschlechtergerechten Zusammensetzung der Kollegialorgane (gesetzlich vorgesehen, vgl. § 21 Abs. 1 Z 13 UG), Gesamtsumme der ausgezahlten Aufwandsentschädigungen
wurden die Universitätsräte ersucht, den Bericht bis Ende März des jeweiligen Folgejahres an das BMWFW zu übermitteln.

(2) Die KunstUni Graz übermittelte die Berichte für die Jahre 2010 bis 2014 fristgerecht.


(3) Die Berichte der Universitätsräte wurden innerhalb des BMWFW den zuständigen Mitarbeitern zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der Leistungsvereinbarungsbegleitgespräche war an keiner der überprüften Universitäten eine Bezugnahme auf die Inhalte des Berichts des jeweiligen Universitätsrats dokumentiert.

Für das Berichtsjahr 2011 ergab eine Auswertung des BMWFW, dass die Berichte der einzelnen Universitätsräte in Umfang und Inhalt unterschiedlich gestaltet waren50.

(4) Die Berichte des Universitätsrats der KunstUni Graz enthielten auf zwei bis drei Seiten

– Daten und Beschlüsse der Sitzungen,

– gegebenenfalls die im Zusammenhang mit der Wahl des Rektors gesetzten Verfahrensschritte,

– punktuell den Status einzelner universitätsinterner Vorgänge51.

– Wie im UG vorgesehen, enthielt der Bericht Informationen über die geschlechtergerechte Zusammensetzung der universitären Kollegialorgane52.


51 beispielsweise Implementierung von Qualitätsmanagementmaßnahmen, Kooperation mit dem Senat, geplante Gebäudesanierung

52 2010 war der Bericht des Arbeitskreises für Gleichbehandlungsfragen angefügt, 2012 lag der Bericht des Arbeitskreises für Gleichbehandlungsfragen nicht rechtzeitig vor und wurde seitens des Universitätsrats nachträglich an das BMWFW übermittelt.
Hinsichtlich der Aufwendungen für den Universitätsrat war jeweils ein Gesamtbetrag der für die Mitglieder des Universitätsrats verbuchten Ausgaben angeführt.

In den Berichten des Universitätsrats der KunstUni Graz waren aufgrund der Kürze der Darstellung wenig Zusatzinformationen enthalten.

(5) Die Berichte des Universitätsrats der MedUni Innsbruck enthielten auf zwölf bis 15 Seiten

- Daten und Beschlüsse der Sitzungen,
- eine Darstellung der für die Universität wesentlichen Aspekte, bspw. betreffend Forschung, Kooperationen, Gebäudeausstattung und Berufungen,
- Informationen über und den Status einzelner aktueller Themenbereiche bspw. betreffend die Erstellung des Entwicklungsplans, die Zusammenarbeit der Leitungssorgane oder die im Raum stehende Fusionierung mit der Universität Innsbruck.
- Weiters enthielt der Bericht eine inhaltliche Darstellung der jeweiligen Eckpunkte der Verantwortungsbereiche der Mitglieder des Rektorats sowie
- gegebenenfalls die im Zusammenhang mit der Wahl des Rektors gesetzten Verfahrensschritte.
- Wie im UG vorgesehen, enthielt der Bericht Informationen über die geschlechtergerechte Zusammensetzung der universitären Kollegialorgane.
- Hinsichtlich der Aufwendungen für den Universitätsrat waren jeweils die Gesamtbeträge der Funktionsgebühren und Sitzungsgelder angeführt.

Die Berichte des Universitätsrats der MedUni Innsbruck enthielten aufgrund der ausführlicheren Darstellung auch Informationen, die dem BMWFW aufgrund anderer Berichtspflichten der Universität bekannt waren.

(6) Die Angaben über die im Rahmen der Tätigkeit des Universitätsrats ausbezahlten Aufwendungen ließen einen unmittelbaren Vergleich der beiden überprüften Universitäten nicht zu.
39.2 Der RH erachtete eine institutionalisierte Berichterstattung des Universitätsrats an das BMFW unter der Voraussetzung als zweckmäßig, als die Informationen nicht aufgrund anderer Berichte dem BMFW ohnehin bereits bekannt waren und die Berichte so gestaltet waren, dass die enthaltenen Informationen einer weiteren Analyse (im Sinne eines Mehrwerts) unterzogen werden können.

In Anbetracht der festgestellten Heterogenität der Berichte der überprüften Universitätsräte empfahl der RH dem BMFW, die Berichte der Universitätsräte bezüglich inhaltlicher Gesichtspunkte zu evaluieren. Als Ergebnis der Evaluierung könnte die Berichtspflicht bspw. stärker determiniert werden, um — zusätzlich zu den bereits vorhandenen Daten — steuerungsrelevante Informationen (Mehrwert) zu erhalten.

39.3 Das BMFW sagte in seiner Stellungnahme zu, die Empfehlung zur Evaluierung der Berichte der Universitätsräte aufzugreifen und anhand der Berichte über das Jahr 2015 eine Evaluierung bezüglich inhaltlicher Gesichtspunkte durchzuführen.

Ressourceneinsatz für die Universitätsräte

Höhe der Vergütungen

40.1 (1) Die Mitglieder des Universitätsrats erhielten für ihre Tätigkeit eine Vergütung, die vom Universitätsrat selbst festzusetzen war. Mangels weiterer gesetzlicher Vorgaben konnte die Vergütung von den Universitätsräten frei gestaltet werden.

Die Universitätsräte der KunstUni Graz und der MedUni Innsbruck setzten im überprüften Zeitraum ihre Vergütungen wie folgt fest:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Tabelle 7: Universitätsratsvergütungen</th>
<th>KunstUni Graz</th>
<th>MedUni Innsbruck</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Funktionsgebühren pro Jahr</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Vorsitz</td>
<td>14.400</td>
<td>30.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Vorsitz–Stellvertreter</td>
<td>12.000</td>
<td>24.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Mitglied</td>
<td>9.600</td>
<td>18.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Sitzungsgelder pro Sitzung</td>
<td>300</td>
<td>500</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quellen: KunstUni Graz, MedUni Innsbruck

53 § 21 Abs. 11 UG
(2) Über alle Universitäten ergab sich folgendes Bild:

### Tabelle 8: Vergütungen für Universitätsratsmitglieder

<table>
<thead>
<tr>
<th>Vergütungen 2014</th>
<th>Vorsitz</th>
<th>Vorsitz–Stellvertreter</th>
<th>Mitglied</th>
<th>Bilanzsumme</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>in EUR</td>
<td>in Mio. EUR</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>MedUni Innsbruck</td>
<td>30.000</td>
<td>24.000</td>
<td>18.000</td>
<td>98,80</td>
</tr>
<tr>
<td>Universität für Musik und darstellende Kunst Wien</td>
<td>24.000</td>
<td>21.600</td>
<td>18.000</td>
<td>69,54</td>
</tr>
<tr>
<td>Medizinische Universität Wien</td>
<td>18.000</td>
<td>15.000</td>
<td>12.000</td>
<td>318,28</td>
</tr>
<tr>
<td>Universität Innsbruck</td>
<td>18.000</td>
<td>15.000</td>
<td>12.000</td>
<td>161,66</td>
</tr>
<tr>
<td>Universität für Bodenkultur Wien</td>
<td>18.000</td>
<td>14.000</td>
<td>12.000</td>
<td>138,49</td>
</tr>
<tr>
<td>KunstUni Graz</td>
<td>14.400</td>
<td>12.000</td>
<td>9.600</td>
<td>38,26</td>
</tr>
<tr>
<td>Universität für Weiterbildung Krems</td>
<td>14.400</td>
<td>9.600</td>
<td>9.600</td>
<td>46,60</td>
</tr>
<tr>
<td>Universität Wien</td>
<td>12.000</td>
<td>9.600</td>
<td>7.200</td>
<td>333,83</td>
</tr>
<tr>
<td>Medizinische Universität Graz</td>
<td>9.600</td>
<td>7.200</td>
<td>7.200</td>
<td>114,96</td>
</tr>
<tr>
<td>Universität Salzburg</td>
<td>9.000</td>
<td>7.000(^1)</td>
<td>7.000</td>
<td>103,79</td>
</tr>
<tr>
<td>Veterinärmedizinische Universität Wien</td>
<td>9.000</td>
<td>9.000(^3)</td>
<td>9.000</td>
<td>84,46</td>
</tr>
<tr>
<td>Universität Mozarteum Salzburg</td>
<td>8.000</td>
<td>7.000</td>
<td>6.000</td>
<td>32,86</td>
</tr>
<tr>
<td>Montanuniversität Leoben</td>
<td>8.000</td>
<td>6.000</td>
<td>6.000</td>
<td>93,82</td>
</tr>
<tr>
<td>Universität Graz(^4)</td>
<td>7.200</td>
<td>4.800</td>
<td>4.800</td>
<td>186,57</td>
</tr>
<tr>
<td>Technische Universität Graz(^8)</td>
<td>6.000</td>
<td>6.000</td>
<td>6.000</td>
<td>177,54</td>
</tr>
<tr>
<td>Universität für angewandte Kunst Wien</td>
<td>6.000</td>
<td>6.000</td>
<td>6.000</td>
<td>25,86</td>
</tr>
<tr>
<td>Universität Linz</td>
<td>6.000</td>
<td>5.500</td>
<td>5.000</td>
<td>143,66</td>
</tr>
<tr>
<td>Akademie der bildenden Künste Wien</td>
<td>5.500</td>
<td>3.500</td>
<td>2.500</td>
<td>16,80</td>
</tr>
<tr>
<td>Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz</td>
<td>5.000</td>
<td>4.500</td>
<td>3.500</td>
<td>22,36</td>
</tr>
<tr>
<td>Technische Universität Wien</td>
<td>3.500</td>
<td>3.500(^6)</td>
<td>–</td>
<td>254,51</td>
</tr>
<tr>
<td>Universität Klagenfurt(^5)</td>
<td>1.400</td>
<td>1.050</td>
<td>700</td>
<td>40,37</td>
</tr>
<tr>
<td>Wirtschaftsuniversität Wien(^2)</td>
<td>–</td>
<td>–</td>
<td>–</td>
<td>187,31</td>
</tr>
</tbody>
</table>

1 Vorsitz–Stellvertreterin spendete gesamte Vergütung
2 Universitätsrat ehrenamtlich
3 Verzicht der Vorsitzenden auf 4.500 EUR der Funktionsgebühren zugunsten der Hochschülerschaft der Veterinärmedizinischen Universität Wien.
4 Fünf Mitglieder verzichteten zugunsten eines Jungforscherfonds.
5 pro Sitzung
6 Verzicht des Vorsitzenden und der Stellvertreterin
7 Vorsitzende belässt die Vergütung in der Universität für Lehre, Forschung, Projekte etc.
8 Drei Mitglieder verzichteten zugunsten einer Einladung herausragender Wissenschaftler an die Universität.

Quellen: Erhebung des RH an allen 22 Universitäten mittels Fragebogens; BMWFW, uni: data

(3) Insgesamt wendeten die überprüften Universitäten für Funktionsgebühren und Sitzungsgelder folgende Beträge auf:
Ressourceneinsatz für die Universitätsräte


KunstUni Graz: fünf Universitätsratsmitglieder, MedUni Innsbruck: sieben Universitätsratsmitglieder

---

Tabelle 9: Entwicklung der Vergütungen für die Mitglieder des Universitätsrats von 2010 bis 2014 an der KunstUni Graz

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>in EUR</td>
<td>in %</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Funktionsgebühren</td>
<td>54.400</td>
<td>55.200</td>
<td>55.200</td>
<td>51.000</td>
<td>55.200</td>
<td>+ 1,5</td>
</tr>
<tr>
<td>Sitzungsgelder (Anzahl der Sitzungen)</td>
<td>6.000</td>
<td>11.700</td>
<td>10.200</td>
<td>9.600</td>
<td>8.700</td>
<td>+ 45,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Summe</td>
<td>60.400</td>
<td>66.900</td>
<td>65.400</td>
<td>60.600</td>
<td>63.900</td>
<td>+ 5,8</td>
</tr>
</tbody>
</table>

1 ordentliche und außerordentliche Sitzungen
Quelle: KunstUni Graz

Tabelle 10: Entwicklung der Vergütungen für die Mitglieder des Universitätsrats von 2010 bis 2014 an der MedUni Innsbruck

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>in EUR</td>
<td>in %</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Funktionsgebühren</td>
<td>154.500</td>
<td>144.000</td>
<td>141.000</td>
<td>143.500</td>
<td>144.000</td>
<td>– 6,8</td>
</tr>
<tr>
<td>Sitzungsgelder (Anzahl der Sitzungen)</td>
<td>20.000</td>
<td>23.500</td>
<td>33.500</td>
<td>22.500</td>
<td>23.000</td>
<td>+ 15,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Summe</td>
<td>174.500</td>
<td>167.500</td>
<td>174.500</td>
<td>166.000</td>
<td>167.000</td>
<td>– 4,3</td>
</tr>
</tbody>
</table>

1 ordentliche und außerordentliche Sitzungen
Quelle: MedUni Innsbruck

40.2 Der RH wies auf folgende Punkte hin:

(1) Im Durchschnitt waren die festgesetzten Universitätsratsvergütungen bzw. Sitzungsgelder in Innsbruck rund doppelt so hoch wie in Graz.

(2) Die MedUni Innsbruck setzte für alle Funktionen im Universitätsrat überhaupt die höchsten Vergütungen aller Universitäten fest; die KunstUni Graz lag im ersten Drittel aller Universitäten. Die Universität Wien als größte Universität befand sich bspw. erst an achter Stelle.

(3) Die für die Mitglieder des Universitätsrats in Innsbruck von 2010 bis 2014 aufgewendeten Funktionsgebühren und Sitzungsgelder waren fast dreimal so hoch wie jene in Graz.\(^{55}\)

(4) Die Mitglieder des Universitätsrats an der KunstUni Graz und an der MedUni Innsbruck erhielten ein Vielfaches der Aufsichtsratsvergütung der Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H., obwohl diese Einrichtung eine wesentlich höhere Bilanzsumme aufwies als die beiden Universitäten.

(5) Der RH empfahl daher dem BMWF, auf eine gesetzliche Grundlage hinzuwirken, in welcher eine Bandbreite der Vergütungen der Mitglieder des Universitätsrats festgelegt wird. Innerhalb dieser Bandbreite wäre die Vergütung anhand nachvollziehbarer Kriterien, bspw. der Größe der Universität, festzusetzen.


\(^{55}\) KunstUni Graz: fünf Universitätsratsmitglieder, MedUni Innsbruck: sieben Universitätsratsmitglieder
Aus diesem Grund sei mit der Änderung des UG durch das Bundesgesetz (BGBl. I Nr. 131/2015) eine Verordnungsermächtigung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft geschaffen worden, um eine Obergrenze für die Vergütung festzulegen, wobei für Gruppen von Universitäten unterschiedliche Obergrenzen definiert werden können. Bei der Festlegung der Obergrenze seien folgende Kriterien zu berücksichtigen:

- Größe der Universität (z.B. Höhe des Budgets, Anzahl der Mitarbeiter, Anzahl der Studierenden, Komplexität der Organisationsstruktur);
- daraus resultierender Zeit- und Arbeitsaufwand.


---

Veröffentlichung der Vergütungen


41.2 Der RH bemängelte, dass die MedUni Innsbruck entgegen dem UG die Vergütungen der Mitglieder des Universitätsrats nicht im Mitteilungsblatt veröffentlicht hatte, weil damit deren Transparenz nicht gegeben war. Er empfahl der MedUni Innsbruck, die Vergütungen im Mitteilungsblatt zu veröffentlichen, um die gesetzliche Verpflichtung zu erfüllen und die erforderliche Transparenz sicherzustellen.

41.3 Die MedUni Innsbruck teilte in ihrer Stellungnahme mit, dass sie dieser Empfehlung des RH zeitnah entsprechen werde.

Verlautbarung/ Darstellung im Rechnungsabschluss

42.1 Gemäß Univ. Rechnungsabschlussverordnung\(^{56}\) waren in den Angaben und Erläuterungen zu Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung u.a. die Bezüge der Mitglieder des Universitätsrats anzugeben, und zwar:

a) die für die Tätigkeit im Rechnungsjahr gewährten Gesamthebürge (Gehälter, Aufwandsentschädigungen, Versicherungsentgelte, Provi-

---

\(^{56}\) § 11 Abs. 7
sionen und Nebenleistungen jeder Art). In die Gesamtbezüge waren auch Bezüge einzurechnen, die nicht ausgezahlt, sondern in Ansprüche anderer Art umgewandelt oder zur Erhöhung anderer Ansprüche verwendet wurden,

b) die Gesamtbezüge (Abfindungen, Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge und Leistungen verwandter Art) der früheren Mitglieder der bezeichneten Organe und ihrer Hinterbliebenen.

Die KunstUni Graz und die MedUni Innsbruck wiesen in ihren Rechnungsabschlüssen die in der Tabelle 9 und 10 dargestellten Vergütungen der Mitglieder des Universitätsrats aus.


42.2 Der RH stellte fest, dass die KunstUni Graz und die MedUni Innsbruck ihrer Verpflichtung, in den Angaben und Erläuterungen zu Bilanz und Gewinn– und Verlustrechnung die Bezüge der Mitglieder des Universitätsrats anzugeben, nachgekommen waren.

Reisekostenvergütungen

43.1 (1) An den überprüften Universitäten wurden Reisekosten für die Tätigkeit der Universitätsräte übernommen. Die Reisekosten entwickelten sich wie folgt:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Tabelle 11: Reisekosten für Universitätsräte</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>KunstUni Graz</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quellen: KunstUni Graz, MedUni Innsbruck

Für Essensbelege der Mitglieder des Universitätsrats gab es an der KunstUni Graz keine spezifische Regelung.


Im Jahr 2014 konnte dieses Abonnement Service nicht mehr gebucht werden. Danach wurden Einzeltickets der Economyclass direkt über ein Reisebüro gebucht.

Ob Mitglieder des Universitätsrats der Reisegebührenvorschrift 1955 oder ähnlichen Regelungen im Kollektivvertrag für die ArbeitnehmerInnen der Universitäten unterlagen, war nicht klar geregelt.


43.2 (1) Der RH bemängelte, dass eine die Reisegebühren betreffende Regelung fehlte. Er empfahl dem BMWF, im Rahmen der unter TZ 40 empfohlenen Regelung der Vergütungen auch die sinngemäße Anwendung der Reisegebührenvorschrift 1955 in die Wege zu leiten.

(2) Gegenüber der MedUni Innsbruck bemängelte er die Nutzung der Businessclass bei Flugzeugen im Inland durch Mitglieder des Universitätsrats, weil Universitäten überwiegend vom Bund finanziert wurden und daher auf die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit Bedacht nehmen sollten.

Weiters empfahl er der MedUni Innsbruck, bei der Abrechnung von Essensrechnungen auf die Angabe des Grunds bzw. der Teilnehmer zu achten.
43.3 (1) Laut Stellungnahme der MedUni Innsbruck seien in der laufenden Funktionsperiode des Universitätsrats außer einem mittäglichen Imbiss während der Sitzungen des Universitätsrats keinerlei weitere Essen zu Lasten der Universität abgerechnet worden.


43.4 Der RH entgegnete dem BMWFW, dass die sinngemäße Anwendung der Reisegebührenvorschrift 1955 gerade nur dann möglich ist, wenn die Universitätsräte keine Bundesbediensteten sind; sonst wäre diese direkt anwendbar.

Er wies weiters darauf hin, dass es für die Mitglieder des Universitätsrats die Möglichkeit der Verrechnung des amtlichen Kilometergeldes bei Benutzung des Privat–PKW, der zweiten Klasse bei Bahnfahrten ohne Beleg bzw. der ersten Klasse bei Bahnfahrten mit Beleg gab.
Die Personalkosten\textsuperscript{57} für das Büropersonal an der KunstUni Graz stiegen von rd. 10.000 EUR (2010) um rd. +18 % auf rd. 12.000 EUR (2014).

Die Einstufung der Mitarbeiterin für die Büroadministration der KunstUni Graz erfolgte bis Februar 2012 gemäß Vertragsbedienstetengesetz 1948 (im Entlohnungsschema v2/3\textsuperscript{58}) und ab März 2012 gemäß Kollektivvertrag für die ArbeitnehmerInnen der Universitäten in der Verwendungsgruppe IIIb\textsuperscript{59}.

(3) Dem Universitätsrat an der MedUni Innsbruck war zu seiner Unterstützung (organisatorische und inhaltliche Tätigkeiten, Büroadministration) Personal im Ausmaß von einer Person zu insgesamt 0,3 VZÄ zugeordnet. Daneben waren bis zu zwei freie Dienstnehmer für den Universitätsrat tätig (siehe TZ 45).

Die Personalkosten\textsuperscript{60} für das Büropersonal an der MedUni Innsbruck verringerten sich von rd. 68.000 EUR (2010) um rd. –82,8 % auf rd. 12.000 EUR (2014). Dies war auf das Auslaufen der freien Dienstverträge zurückzuführen.

Die Einstufung der Mitarbeiterin für die Büroadministration des Universitätsrats erfolgte an der MedUni Innsbruck bis März 2012 gemäß Kollektivvertrag für die ArbeitnehmerInnen der Universitäten in der Verwendungsgruppe IIb\textsuperscript{61} und ab Mai 2012 gemäß Vertragsbedienstetengesetz 1948 im Entlohnungsschema v3/3\textsuperscript{62}.

(4) Der RH erhob mittels Fragebogen an allen 22 Universitäten die Einstufung des dem jeweiligen Universitätsrat zugeordneten Personals. Demnach bewegten sich 2014 die Einstufungen der Mitarbeiter des Universitätsrats im Kollektivvertrag zwischen den Verwendungsgruppen IIIa und IVb\textsuperscript{63} im Vertragsbedienstetengesetz 1948/Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 in den Entlohnungsschema zwischen v3/3

\textsuperscript{57} inklusive Dienstgeberbeiträge  
\textsuperscript{58} Gehalt in v2, Entlohnungsstufe 1: 1.887,40 EUR, Funktionszulage v2/3: 252,30 EUR (2014), Vertragsbedienstetengesetz 1948  
\textsuperscript{59} Gehalt in IIIb, 1. Arbeitsjahr: 2.153,30 EUR (2014), Kollektivvertrag für die ArbeitnehmerInnen der Universitäten  
\textsuperscript{60} inklusive Dienstgeberbeiträge  
\textsuperscript{61} Gehalt in IIIb, 1. Arbeitsjahr: 1.748,40 EUR (2014), Kollektivvertrag für die ArbeitnehmerInnen der Universitäten  
\textsuperscript{62} Gehalt in v3, Entlohnungsstufe 1: 1.695,10 EUR, Funktionszulage v3/3: 126,10 EUR (2014), Vertragsbedienstetengesetz 1948  
\textsuperscript{63} Gehalt in IIIa, 1. Arbeitsjahr: 1.864 EUR (2014), Gehalt in IVb, 1. Arbeitsjahr: 2.615,80 EUR (2014), Kollektivvertrag für die ArbeitnehmerInnen der Universitäten
und v1/1\textsuperscript{64} bzw. in der Verwendungsgruppe B. Die Personalausstattung (Ressourcen) des jeweiligen Büros reichte von 0,1 VZÄ bis 1,5 VZÄ bzw. es war teilweise kein Personal direkt dem Universitätsrat zugeordnet, sondern es wurde der Universitätsrat bei Bedarf durch das Büro des Rektors/der Universitätsleitung direkt unterstützt.


(2) Die Mitarbeiterin an der KunstUni Graz war höher eingestuft als jene der MedUni Innsbruck.


44.3 Das BMWFW teilte in seiner Stellungnahme mit, dass eine Berücksichtigung dieser Empfehlung voraussichtlich bereits im ersten Begleitgespräch der aktuellen Leistungsvereinbarungsperiode erfolgen werde.

Freie Dienstnehmer

45.1 (1) Beim Universitätsrat der KunstUni Graz waren keine freien Dienstnehmer beschäftigt.

(2) An der MedUni Innsbruck waren freie Dienstnehmer mit der organisatorischen und inhaltlichen Unterstützung der Universitätsratsmitglieder (insbesondere des Vorsitzenden) sowie mit Koordinationstätigkeiten betraut.

(a) Im Jahr 2010 betrug die monatliche Vergütung im Rahmen eines freien Dienstvertrags 3.000 EUR (exkl. 20 % USt), im Jahr 2011 2.500 EUR (exkl. 20 % USt) und im Jahr 2012 2.000 EUR (exkl. 20 % USt). Es wurde kein Stundenausmaß vereinbart. Weiters war in diesen freien Dienstverträgen geregelt, dass die freie Dienstnehmerin

\textsuperscript{64} Gehalt in v3, Entlohnungsstufe 1 1.695,10 EUR, Funktionszulage v3/3 126,10 EUR (2014); Gehalt in v1, Entlohnungsstufe 1 2.427,40 EUR, Funktionszulage v1/1 – (erst ab v1/2) (2014)
für jede Teilnahme an einer Sitzung des Universitätsrats 500 EUR (exkl. 20 % USt) erhielt.

Zusätzlich erhielt die freie Dienstnehmerin Fahrt– und Reisekosten, die unmittelbar in Zusammenhang mit der Tätigkeit anfielen, gegen Vorlage der entsprechenden Originalbelege ersetzt. Es wurden u.a. auch Flugkosten für die Teilnahme an Universitätsratssitzungen abgerechnet.


(b) Zeitweise war im Jahr 2010 eine weitere freie Dienstnehmerin mit einem Pauschalhonorar zwischen rd. 400 EUR bzw. rd. 800 EUR monatlich beschäftigt.


Das Honorar dafür betrug 15.663 EUR (inkl. 20 % USt). Dazu wurde im Jahr 2013 eine Ergänzung beauftragt, wofür das Honorar 654 EUR (inkl. 20 % USt) ausmachte.

45.2 (1) Der RH kritisierte den Einsatz freier Dienstnehmer an der MedUni Innsbruck für Tätigkeiten, die an der KunstUni Graz ohne den Einsatz freier Dienstnehmer durchgeführt werden konnten.

(3) Hinsichtlich der Erstellung des schriftlichen Resümeees über die Funktionsperiode 2008 bis 2013 an der MedUni Innsbruck kritisierte der RH, dass ein steuerungsrelevanter Mehrwert dieses Berichts nicht erkennbar war; dies insbesondere deshalb, weil über die Tätigkeit des Universitätsrats ohnehin ein jährlicher Bericht an das BMWFW gelegt wurde.

45.3 Die MedUni Innsbruck teilte in ihrer Stellungnahme mit, dass in der laufenden Funktionsperiode des Universitätsrats keine freien Mitarbeiter beschäftigt worden seien.

Aufsichtsbehördliche Maßnahmen des BMWFW


Der Senat der KunstUni Graz erhob gegen diesen Bescheid daraufhin Beschwerde beim VwGH. Für Rechtsberatungen und Gerichtsgebühren entstanden der KunstUni Graz Aufwendungen in Höhe von rd. 40.000 EUR.

In seinem Erkenntnis hob der VwGH den angefochtenen Bescheid des BMWFW wegen Rechtswidrigkeit auf und begründete sein Erkenntnis im Wesentlichen wie folgt:

65 § 45 Abs. 1 UG: Die Universitäten, die von ihnen gemäß § 10 Abs. 1 gegründeten Gesellschaften, Stiftungen und Vereine sowie jene Gesellschaften, deren Geschäftsanteile die Universität mittelbar oder unmittelbar zu mehr als 50 vH hält, unterliegen der Aufsicht des Bundes. Diese umfasst die Einhaltung der Gesetze und Verordnungen einschließlich der Satzung (Rechtsaufsicht).
Aufsichtsbehördliche Maßnahmen des BMWFW

- Im angefochtenen Bescheid wurde zwar zunächst ausgeführt, dass die Begründung des Dreiervorschlags mangelhaft war, das BMWFW nahm aber dann die Beurteilung der Kandidaten sogleich selbst vor und überband dem Senat seine Ansicht, dass der amtierende Rektor jedenfalls in den Dreiervorschlag aufzunehmen sei.

- Ein wesentliches Element der Stärkung der Universitätsautonomie war die Beschränkung des Aufsichtsrechts des Ministers gemäß § 45 UG auf eine bloße Rechtsaufsicht (Einhaltung der Gesetze und Verordnungen, einschließlich der Satzung). Dieses Aufsichtsrecht bezog sich somit nicht mehr auf die inhaltliche Erfüllung der Aufgaben der Universitäten.

- Damit räumte das Gesetz dem Senat, der sich aus demokratisch gewählten Mitgliedern aller Gruppen von Universitätsangehörigen zusammensetzte, den entscheidenden Einfluss auf die Wahl des Rektors ein.

- Aus all dem ergab sich, dass es sich bei der Erstattung eines bindenden Dreiervorschlags durch den von den Universitätsangehörigen demokratisch legitimierten Senat für die Wahl des Rektors um ein zentrales Element der – verfassungsgesetzlich garantierten – Universitätsautonomie handelte.

- Diese Beurteilung war vom Senat, der als demokratisch legitimiertes oberstes Universitätsorgan alle Universitätsangehörigen repräsentierte, nach seinem spezifischen Sachverstand vorzunehmen. Der Senat hatte die Kandidaten zu bewerten und die drei seiner Ansicht nach am besten geeigneten vorzuschlagen, wobei diesbezüglich ein gewisser Ermessensspielraum offen stand. Diese Entscheidung war dem Senat vorbehalten; das auf eine Rechtsaufsicht eingeschränkte Aufsichtsrecht des Ministers umfasste solche ermessensartige Wertentscheidungen nicht.

47.2 Der RH wies darauf hin, dass der im Zusammenhang mit dem aufsichtsbehördlichen Verfahren erlassene Bescheid des BMWFW vom VwGH aufgehoben wurde. Er verwies kritisch auf die damit für die KunstUni Graz verbundenen Aufwendungen von rd. 40.000 EUR (siehe TZ 17).

48.1 Im Juli 2008 beschloss der Universitätsrat der MedUni Innsbruck, gegen den bis 30. September 2009 bestellten Rektor ein Abberufungsverfahren einzuleiten, weil er:

- die Anordnungen des Universitätsrats unterlief,
- vom Universitätsrat beauftragte Sonderprüfungen (bspw. Abwicklung von Drittmittelprojekten, Standards der Buchführung an der MedUni Innsbruck) nicht durchführte und teilweise verweigerte,
- die Verschwiegenheitspflicht verletzte,
- den Datenschutz nicht beachtete (Veröffentlichung von Sitzungsgeldern und –spesen),
- einen autoritären Führungsstil pflegte und
- dem Universitätsrat gemäß UG zustehende Informationen verweigerte.

Das BMWFW erteilte dem Universitätsrat der MedUni Innsbruck die Rechtsauskunft, dass die Abberufung des Rektors ein Akt des Privatrechts sei und mittels Beschlusses des Universitätsrats zu erfolgen habe. Das BMWFW begründete seine Rechtsansicht damit, dass der VwGH im Falle der Abberufung eines Leiters einer Organisationseinheit einer Universität die Frage, ob diese mittels Bescheids zu erfolgen habe, verneint hatte.

Der Universitätsrat berief den Rektor in seiner Sitzung vom August 2008 von seiner Funktion ab und übermittelte ihm eine auf Briefpapier des Universitätsrats erstellte Ausfertigung der Abberufung laut Beschluss des Universitätsrats ohne weitere Begründung. Das Arbeitsverhältnis des Rektors zur MedUni Innsbruck erachtete er mit sofortiger Wirkung als beendet.

66 Bis zu diesem Zeitpunkt war es noch zu keiner Abberufung eines Rektors durch den Universitätsrat gemäß UG gekommen.


68 § 23 Abs. 5 UG
Der Rektor erhob gegen seine Abberufung Beschwerde beim VwGH. Dieser hob die Abberufung auf, weil die Entscheidung des Universitätsrats vom August 2008 als öffentlich–rechtlicher Akt und das Schreiben des Universitätsrats betreffend die Abberufung des Rektors als Bescheid zu qualifizieren waren. Bei diesem habe jedoch die Begründung gefehlt.


48.2 Der RH wies darauf hin, dass das BMWFW dem Universitätsrat der MedUni Innsbruck bei der Abberufung des Rektors eine Rechtsauskunft erteilte, die der verwaltungsgerichtlichen Überprüfung nicht standhielt. Er verwies kritisch auf die für die MedUni Innsbruck damit verbundenen Aufwendungen in Höhe von rd. 271.000 EUR.

Schlussempfehlungen

49 Zusammenfassend hob der RH folgende Empfehlungen hervor:

BMWWF

(1) Bei der Bestellung der Universitätsräte wäre auf eine ausge- wogene Verteilung der Kenntnisse der Mitglieder zu achten. (TZ 8)

(2) Die Voraussetzungen, die die für die Mitgliedschaft im Universitätsrat vorgeschlagenen Kandidaten als geeignet erscheinen ließen, wären zu dokumentieren. (TZ 9)

(3) Aufgrund der bisherigen Erfahrungen wäre eine Ausweitung der gesetzlichen Unvereinbarkeitsgründe im Hinblick auf die Vereinbarkeit mit Leitungsfunktionen anderer Universitäten bzw. hinsichtlich einer verpflichtenden Wartefrist zwischen der Mitgliedschaft im Universitätsrat und der Angehörigeneigenschaft zur jeweiligen Universität sowie eine Wartefrist für ehemalige führende Amtsträger der Universität anzuregen. (TZ 13)

(4) Die Berichte der Universitätsräte wären bezüglich inhaltlicher Gesichtspunkte zu evaluieren. (TZ 39)
(5) Es wäre auf eine gesetzliche Grundlage hinzuwirken, in welcher eine Bandbreite der Vergütungen der Mitglieder des Universitätsrats festgelegt wird. Innerhalb dieser Bandbreite wäre die Vergütung anhand nachvollziehbarer Kriterien, bspw. der Größe der Universität, festzusetzen. (TZ 40)

(6) Es wäre eine gesetzliche Regelung in die Wege zu leiten, dass für Universitätsratsmitglieder die Reisegebührenvorschrift 1955 sinngemäß anzuwenden ist. (TZ 43)

(7) In den Begleitgesprächen zu den Leistungsvereinbarungen wäre anlassbezogen darauf hinzuweisen, dass die Einstufung des dem Universitätsrat zugeordneten Personals dessen Aufgabenprofil entsprechen sollte. (TZ 44)

(8) Die Budgetvoranschläge wären dem Universitätsrat vor Beginn des Budgetjahres zur Beschlussfassung vorzulegen. (TZ 29)

(9) Entwicklungspläne sollten künftig so rechtzeitig erstellt werden, dass diese vor dem Termin der Übermittlung des Entwurfs der Leistungsvereinbarung in beschlossener Form vorliegen. (TZ 21, 22)

(10) Im Wege der Wahlordnung wäre sicherzustellen, dass den Mitgliedern des Senats vor der Wahl der Mitglieder des Universitätsrats wesentliche Informationen über die Kandidaten rechtzeitig vorliegen. (TZ 7)

(11) Den Mitgliedern des Universitätsrats wäre regelmäßig eine Erklärung über mögliche Unvereinbarkeiten abzuverlangen. (TZ 13)

(12) Es wären keine Gehaltssteigerungen ohne Aufgabenausweitung des Rektors zu vereinbaren. (TZ 19)

(13) Von der Übernahme von Kosten zur Begründung eines weiteren Wohnsitzes wäre abzusehen. (TZ 19)

(14) Im Rahmen der Erstellung des Entwicklungsplans wären die Positionen des Universitätsrats in konsolidierten Dokumenten sicht- und nachvollziehbar zu machen, um die Wahrnehmung seiner Steuerungsfunktion zu dokumentieren. (TZ 21)
(15) Im Rahmen der Erstellung des Entwurfs der Leistungsvereinbarung wären die Positionen des Universitätsrats in konsolidierten Dokumenten sicht- und nachvollziehbar zu machen, um die Wahrnehmung seiner Steuerungsfunktion zu dokumentieren. (TZ 23)

(16) Zielvereinbarungen mit den verbliebenen Rektoratsmitgliedern wären auch für jene längeren Zeiträume abzuschließen, in denen das Amt des Rektors oder eines Vizerektors nicht besetzt ist. (TZ 25)

(17) In den Zielvereinbarungen sollten die Ziele gewichtet werden. (TZ 25)

(18) Gesetzliche Aufgaben, wie die Vorlage des Entwurfs einer Leistungsvereinbarung, sollten in Zukunft nicht mehr in Zielvereinbarungen vereinbart werden. (TZ 25)

(19) Die wirtschaftliche Lage der Universität sollte auch während des laufenden Geschäftsjahres im Universitätsrat behandelt werden. (TZ 31)

(20) Die Ausweitung des Inhalts des „Statement of Conflict of Interest“ in Richtung weiterer Unvereinbarkeitsbereiche, bspw. Leitungsfunktionen an anderen Universitäten, wäre zuvorzunehmen. (TZ 13)

(21) Die Geschäftsordnung wäre um die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden des Universitätsrats zu ergänzen. (TZ 14)

(22) Ohne korrespondierende Ausweitung der Aufgaben wäre von der Erhöhung des Beschäftigungsausmaßes von Rektoratsmitgliedern abzusehen. (TZ 19)

(23) Die Stellungnahme zur Leistungsvereinbarung vor deren Abschluss wäre – entsprechend der Bestimmung des UG – abzugeben. (TZ 24)

(24) Zwischen dem Universitätsrat und jedem Mitglied des Rektorats wären stets unterschriebene Zielvereinbarungen abzuschließen. (TZ 26)

(25) Grundsätzliche Tätigkeiten im Rahmen des Aufgabenprofils eines Rektoratsmitglieds, wie die Mitwirkung am Prozess der Erstellung einer Leistungsvereinbarung, sollten nicht zum Gegenstand
von Zielvereinbarungen und damit mittelbar von Prämienzahlungen gemacht werden. (TZ 26)

(26) Zielvereinbarungen sollten ambitionierte, aber realistische Zielsetzungen enthalten, die das jeweilige Mitglied des Rektorats selbst beeinflussen kann. (TZ 26)

(27) Bei der Zuerkennung von Prämien wäre stets nach dem Grad der Zielerreichung zu differenzieren. (TZ 26)

(28) Die Diskussion über die Budgetvoranschläge wäre in den Protokollen der Sitzungen des Universitätsrats stets inhaltlich aussagekräftig und nachvollziehbar zu dokumentieren. (TZ 29)

(29) Die Erörterung der Rechnungsabschlüsse in den Sitzungen des Universitätsrats wäre nachvollziehbar zu dokumentieren. (TZ 30)

(30) Veranlagungen wären entsprechend den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Rektorats dem Universitätsrat zur Genehmigung zu übermitteln. (TZ 33)

(31) Im Universitätsrat wären sämtliche Beteiligungen zu behandeln und Vertragsänderungen bzw. -verlängerungen dem Universitätsrat zur Information und Beschlussfassung zu übermitteln. (TZ 34)

(32) Eine Gebarungsrichtlinie wäre zu erlassen, die den Gebarungsvollzug umfassend und konkret regelt. (TZ 35)

(33) Bei Änderungen des Organisationsplans sollten die Vorgaben des Entwicklungsplans in Richtung einer straffen Aufbauorganisation interpretiert werden. (TZ 38)

(34) Die Vergütungen für den Universitätsrat wären im Mitteilungsblatt zu veröffentlichen, um die gesetzliche Verpflichtung zu erfüllen und die erforderliche Transparenz sicherzustellen. (TZ 41)

(35) Bei der Abrechnung von Essensrechnungen wäre auf die Angabe des Grunds bzw. der Teilnehmer zu achten. (TZ 43)

(36) Bei Dienstreisen freier Mitarbeiter des Universitätsrats wäre die Reisegebührenvorschrift 1955 sinngemäß anzuwenden. (TZ 45)